Finanziert durch die EU

MC2CM

Mitfinanziert von
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Swiss Agency for Development and Cooperation SDC

Stadtmigrationsprofil der stadt Dortmund

DORTMUND

ICMPD
International Centre for Migration Policy Development

UCLG
United Cities and Local Governments

UN HABITAT
FOR A BETTER URBAN FUTURE

INHALTSVERZEICHNIS

Danksagungen 7

Zusammenfassung **6**

1. HINTERGRUND **6**

Über MC2CM 7

2. STADT SYNOPSE **8**

Allgemeiner überblick 9

Menschenrechte von zuwanderern und zugang zu dienstleistungen 9

3. HINTERGRUND: NATIONALER KONTEXT **12**

Kurze (jüngste) geschichte der migration in Deutschland 13

Nationale migrationspolitik 14

Institutioneller rahmen 15

Bundesebene 16

Landesebene (regional) 18

Regionale und internationale kooperation 18

4. STADTSTRUKTUR **20**

Dezentralisierung in Dortmund 21

Lokale migrationspolitik 22

Initiativen und Maßnahmen zur Integration und Inklusion 23

Einbeziehung der migration in alle bereiche 25

Querschnittsthemen (geschlecht, alter, migrationsstatus usw.) 25

Institutioneller rahmen 25

Staatliche akteure auf lokaler ebene 25

Lokale nros und der private sektor 25

Internationale zusammenarbeit 29

5. MIGRATIONSSITUATION IN DORTMUND **30**

Überblick: migrationstrends in Dortmund 31

Lokale migrationsdaten 34

Migrationswege & rechtsstatus 34

Hauptherkunftsländer 35

Geschlechterverteilung 36

Altersstruktur 36

Bildungsniveau 37

Wirtschaftszweige 38

6. MENSCHENRECHTE VON ZUWANDERERN UND ZUGANG ZU DIENSTLEISTUNGEN IN DORTMUND **40**
Vermittler 41
Sprache und kulturelles wissen 41
Sicherheit & schutz 41
Menschenrechte und zugang zu dienstleistungen 41
Wohnen und grundversorgung 41
Bildung und berufsausbildung 42
Erwerbstätigkeit und selbstständigkeit 42
Gesundheit und wohlbefinden 42
Soziale und politische inklusion 43
Politische partizipation & inklusion in lokale entscheidungsprozesse 43
Soziale inklusion und zusammenhalt 43
Schutz vor diskriminierung 44
Berichte über migration und integration 44
Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber Zuwanderern 44
Öffentliche Einschätzung der Migrations- und Integrationspolitik 44
Wahrnehmungen der Zuwanderer 44

7. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND ÜBERLEGUNGEN **46**
Prioritäten der stadt 48

8. QUELLEN **52**

1. HINTERGRUND

ÜBER MC2CM

Interne und internationale Migrationsströme im weiteren Mittelmeerraum haben direkte und langfristige Auswirkungen auf die Entwicklung der städtischen Gebiete der Region, da diese häufig Ausgangs-, Transit- und Zielorte für Migranten sind. Als erste Ansprechpartner für die Einwohner spielen die Kommunalverwaltungen zudem eine zentrale Rolle bei der Beseitigung von Hindernissen für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Inklusion von Neuankömmlingen und bei der Förderung ihres Beitrags zum und ihrer Beteiligung am lokalen Leben. Um dieses Entwicklungspotenzial zu maximieren, müssen die Kommunalverwaltungen als institutionelle Partner in der Migrationspolitik anerkannt und mit den notwendigen und entsprechenden Kompetenzen, Ressourcen und Kapazitäten ausgestattet werden, insbesondere im Hinblick auf die Gewährleistung des Zugangs zu Rechten und Dienstleistungen.

In diesem Sinne verfolgt das 2015 gestartete **Mediterranean City to City Migration Project** (MC2CM) (mediterrane Stadt-zu-Stadt-Migration-Projekt) das Ziel, einen Beitrag zur Verbesserung der städtischen Migrationssteuerung zu leisten, insbesondere innerhalb eines Netzwerks von Städten in Nordafrika, dem Nahen Osten und Europa. Die Aktivitäten des Projekts sind in drei Komponenten unterteilt: eine Dialogkomponente, die den Austausch von Erfahrungen und politischen Optionen zwischen den Städten erleichtern soll; eine Wissenskomponente, die die Partnerstädte bei der Untersuchung ihrer Migrationssituation und der Festlegung ihres Profils unterstützt; und eine Aktionskomponente, die die Übertragung und Umsetzung von Kooperationsmaßnahmen begleitet.

DIALOG

Förderung des Dialogs zwischen Städten und relevanten Interessengruppen durch gegenseitigen Erfahrungsaustausch

WISSEN

Unterstützung der Wissensbildung und der Entwicklung faktengestützter Ansätze

AKTION

Bereitstellung nachhaltiger Lösungen und Prüfsysteme zur Bewältigung migrationsbezogener Herausforderungen bzw. zur Nutzung von Chancen

Das Projekt wird von einem Konsortium unter der Leitung des Internationalen Zentrums für die Entwicklung der Migrationspolitik (ICMPD) in Partnerschaft mit dem Netzwerk der Vereinten Städte und lokalen Gebietskörperschaften (UCLG) und dem Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-HABITAT) durchgeführt.

Weitere Informationen unter:
icmpd.org/mc2cm
@urban_migration
Mediterranean City-To-City Migration (MC2CM)
https://www.facebook.com/mc2cm

2. STADT SYNOPSE

ALLGEMEINER ÜBERBLICK

Allgemeiner Überblick	
Fläche der Stadt (km²)	281 km²
Politischer und Verwaltungskontext	Stadt, gelegen im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen (NRW) Gehört zur Verwaltungsebene Regierungsbezirk Arnsberg Teil des polyzentrischen Ballungsraumes Ruhrgebiet (5,1 Mio. Einwohner)
Gesamtbevölkerung	604,000 (2019)
Zahl der Ausländer	113,000 (2019)
Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung	19% (2019)
Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung	16% (2019)

MENSCHENRECHTE VON ZUWANDERERN UND ZUGANG ZU DIENSTLEISTUNGEN

Stadt Dortmund			Zahlen	Jahr	Quelle
Demografische Struktur	Einwohnerzahl der Stadt		603,600	2019	Stadt Dortmund Dortmunderstatistik
	Anteil der Bevölkerung Im Alter von 0–6 Jahren		34,500		
	Anteil der Bevölkerung Im Alter von 6–18 Jahren		63,900		
	Anteil der Bevölkerung Im Alter von 18–40 Jahren		179,000		
	Anteil der Bevölkerung Im Alter von 40–65 Jahren		204,200		
	Anteil der Bevölkerung Im Alter von 65+ Jahren		122,000		
Zuwanderung	Einwanderer	Ausländer Migrationshintergrund Gesamt	113,000 (19%) 102,000 (16%) 215,000 (35%)	2018	

Arbeitsmarkt	Arbeitslosenzahl		10,1%	2019	Agentur für Arbeit
	Erwerbstätige Bevölkerung: 18–65 Jahre		73,4%	2019	Stadt Dortmund Dortmunderstatistik
	Wichtigste Wirtschaftszweige	Dienstleistungssektor	85,6%	2017	
		Herstellung, Bauwesen	14,3%		
		Landwirtschaft, Forstwirtschaft	0,1%		
Lebensbedingungen	Durchschnittliche Jahresmiete für eine Wohnung pro m²		7,25 € (ohne Neubau)	2019	Stadt Dortmund Wohnungsmarktbericht 2020
	Durchschnittlicher Preis für den Kauf eines Wohnobjekts		420,000 (vorhandene Objekte)		
	Durchschnittliches verfügbares Jahreseinkommen pro Haushalt		19,000 €	2018	Stadt Dortmund Bericht zur sozialen Lage 2018
	Durchschnittliche Wohnfläche pro Person		39,4 m²/person	2019	Stadt Dortmund Dortmunderstatistik
	Armutsgefährdete Menschen und soziale Inklusion		~100,000 (Sozialhilfeempfänger)		
	Alleinerziehende Haushalte auf 100 Haushalte mit Kindern im Alter von 0–17 Jahren		14,000		
Bildung	Junge Menschen, die die Schulbildung und Ausbildung abbrechen		3,2%	2018	Stadt Dortmund Bericht zur sozialen Lage 2018
	Hochschulstudenten (19–24 Jahren)		---		
	Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit einem Abschluss der Sekundaroberstufe		---		

3. HINTERGRUND: NATIONALER KONTEXT

KURZE (JÜNGSTE) GESCHICHTE DER MIGRATION IN DEUTSCHLAND

Unter den OECD-Ländern ist Deutschland zu einem der wichtigsten Aufnahmeländer für Migranten geworden. Nach statistischen Angaben sind 20,8 Millionen der 82 Millionen Einwohner Deutschlands statistisch als Migranten anerkannt. Statistisch gesehen teilt sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund fast zu gleichen Teilen in Ausländer (9,9 Millionen), die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, und in Menschen mit so genanntem[1] *Migrationshintergrund* (10,9 Millionen) (Statistisches Bundesamt 2019). In der Gruppe der Ausländer sind etwa die Hälfte Bürger/-innen eines anderen EU-Landes (EU-28). Die am meisten vertretene Nationalität unter den Ausländern sind jedoch die Türken (1,5 Millionen) (Statistisches Bundesamt 2019). Die Migration nach Deutschland hat eine relativ lange Geschichte. Migrantengruppen in Deutschland spiegeln in ihrer Vielfalt die verschiedenen Phasen der Migration seit der Nachkriegszeit wider. Nachfolgend wird ein Überblick über die wichtigsten Phasen und Bevölkerungsgruppen gegeben.

Die wichtigste Phase der deutschen Migrationsgeschichte ist jedoch die der **Gastarbeiter**, die zwischen 1955 und 1968 durch die so genannten *Anwerbeabkommen* zwischen der BRD und Ländern wie Italien, Spanien oder der Türkei nach Westdeutschland (BRD) kamen. Ziel war es, dem Arbeitskräftemangel in Niedriglohn- und Industriebereichen zu begegnen. Bis zur Einstellung des Programms im Jahr 1973, als die meisten Industrieländer von einer wirtschaftlichen Rezession betroffen waren, kamen 14 Millionen „Gastarbeiter". Aufgrund des Familiennachzugs ist eine Zuwanderung aus diesen Ländern jedoch weiterhin zu verzeichnen. Während die meisten Gastarbeiter seither in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt sind, blieben etwa 3 Millionen, vor allem aus der Türkei, Italien und dem ehemaligen Jugoslawien. Anzumerken ist, dass die ehemalige sozialistische DDR seit den 1960er Jahren auch mit anderen sozialistischen Ländern (z. B. Vietnam, Mosambik, Kuba) derartige Arbeiterprogramme unterhielt. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung lebten noch rund 100 000 solcher „Vertragsarbeiter" in der DDR (Bade et al. 2010).

Die *Spätaussiedler* sind eine weitere wichtige Gruppe der deutschen Migrationsgeschichte. Zu den so genannten ***Aussiedlern*** gehören „Deutsche" oder Nachkommen von Deutschen, die während des Kalten Krieges als deutsche Staatsbürger in den ehemaligen kommunistischen Ländern galten und/oder sich als solche identifizierten. Auch nach der Auflösung des Ostblocks hat Deutschland weitere *Spätaussiedler* aus diesen Ländern aufgenommen. Insgesamt kamen mehr als 4,5 Millionen Aussiedler nach Deutschland. Hinsichtlich der Rechtsansprüche wurde die Gruppe bevorzugt behandelt (Panagiotidis 2018).

Mit der deutschen Wiedervereinigung und der Auflösung des Ostblocks stieg die Zahl der **Asylbewerber** in Deutschland seit etwa 1990 erheblich an. Allein im Jahr 1992 beantragten mehr als 430 000 Menschen Asyl, vor allem aus Ost- und Südeuropa. Um diese Zuwanderung einzudämmen und vor dem Hintergrund zunehmender Rechtsextremismus-Probleme wurde der so genannte „Asylkompromiss" mit einer Verschärfung des Asylrechts umgesetzt, was zu einem Rückgang der Zahl der Asylbewerber führte, die 2008 mit nur 28 000 einen Tiefpunkt erreichte (BAMF 2014).

Die Zuwanderung aus anderen **EU-Ländern** hat seit Anfang der 2000er Jahre erheblich zugenommen, was auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle (oder vielmehr die meisten) EU-Bürger zurückzuführen ist (BAMF 2014).

Seit 2010 stieg die Zahl der **Flüchtlinge**, die in Deutschland Asyl beantragten, an und erreichte ihren Höhepunkt im so genannten „Sommer der Migration" oder „Flüchtlingskrise" im Jahr 2015 (Brücker et al., 2020). Mehr als 1 Million Menschen suchten Zuflucht vor Krieg und Verfolgung, viele davon aus Syrien, Irak und Afghanistan. Von Ende 2014 bis Ende 2016 stieg die Zahl der Flüchtlinge von 750 000 auf 1,6 Millionen (BAMF 2018).

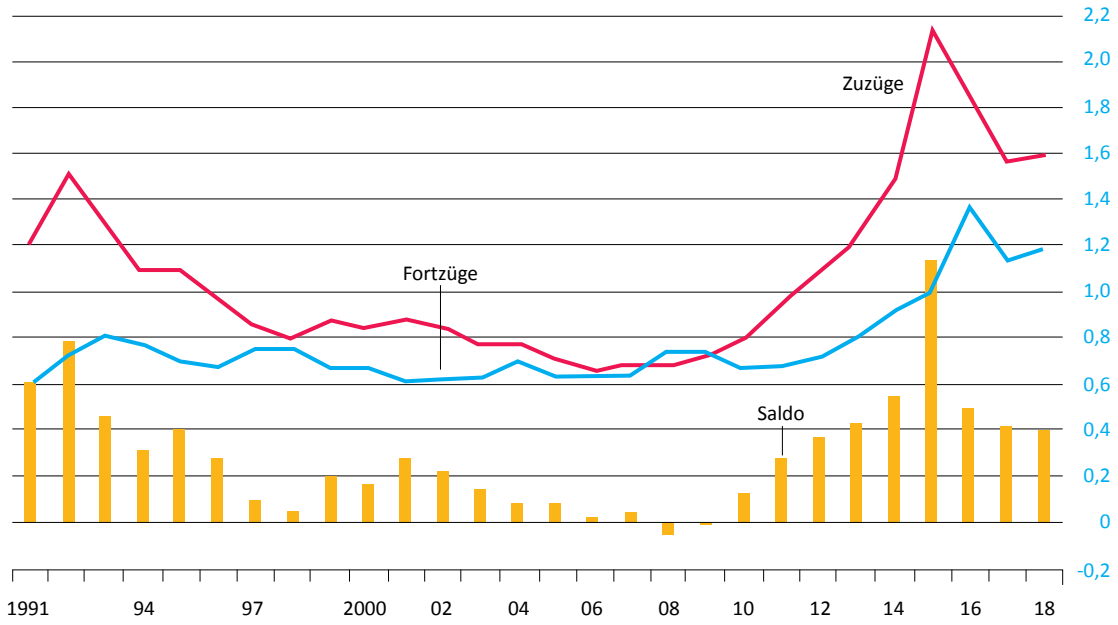
Die Gesamtentwicklung der *Zuzüge* nach Deutschland und der *Fortzüge* aus Deutschland ist in Abb. 1 dargestellt. Seit 1991 wies Deutschland in fast allen Jahren einen positiven Wanderungssaldo (*Saldo*) auf. Die Grafik zeigt den ersten Höhepunkt um 1992 mit der Ankunft von Asylbewerbern und den jüngsten Höchststand in den Jahren 2014-2016 aufgrund des Anstiegs der Ankunft von Flüchtlingen in diesem Zeitraum (siehe auch: Mediendienst Integration, 2019).

Infolge der COVID-19-Pandemie hat sich die Migration nach Deutschland im Jahr 2020

1 Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes umfasst der Begriff „Migrationshintergrund" Ausländer, Migranten, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, und Personen, die in Deutschland als Kinder von Migranten geboren wurden. Die Verwendung dieses Begriffs ist umstritten. Befürworter argumentieren, dass der Begriff dazu beiträgt, die kleinere Gruppe der „Ausländer" zu vergrößern und somit Migranten der zweiten oder sogar dritten Generation zur Erkennung von Diskriminierung deutlich mit einzubeziehen. Die Gegner argumentieren, dass dadurch Personen, die möglicherweise bereits gut in die Gesellschaft integriert sind, „re-migrantisiert" werden (Will 2018: 2). Im Gegensatz zu der leicht abgrenzbaren Gruppe der Ausländer handelt es sich bei Personen mit Migrationshintergrund um eine vielfältigere und weniger eindeutig identifizierbare Gruppe. Sie umfasst neben Personen mit eigener Migrationserfahrung auch Personen, die ein oder zwei zugewanderte Elternteile haben.

deutlich verlangsamt. Als Reaktion auf die Pandemie haben die Länder den Zugang stark eingeschränkt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich die Migration in Zukunft wieder auf das frühere Niveau einpendeln wird.

Abb..1: Wanderungssaldo von Deutschland; 1991-2018, in Millionen



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019

NATIONALE MIGRATIONSPOLITIK

Deutschland hat seit den 1950er Jahren beträchtliche Einwanderungswellen erlebt, doch die Integration von Migranten geriet erst in den frühen 2000er Jahren in die politischen Debatten, als ein politischer Wandel zu einer noch immer umstrittenen offiziellen Anerkennung Deutschlands als Aufnahmeland für Migranten führte. Zunächst gab es keine Integrationspolitik; sowohl von „Gastarbeitern“ als auch von Asylbewerbern wurde nicht erwartet, dass sie bleiben, sondern dass sie schließlich in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Seit den 1990er Jahren wurden die Integrationsdebatten von negativen Diskursen wie der Sorge um die Bildung von „Parallelgesellschaften“ und „Sperrgebieten“ bestimmt und konzentrierten sich – wenn auch nicht offiziell – auf die Integration von Gruppen mit niedrigerem sozialem Status.

Die Entwicklung der Migrationspolitik in Deutschland muss jedoch auch im Zusammenhang mit übergreifenden Prozessen wie dem demografischen Wandel (Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung) und der Sorge um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und den Erhalt der Sozialversicherungssysteme gesehen werden. Infolgedessen hat Deutschland seine Migrationspolitik insbesondere hinsichtlich der Erleichterung des Zugangs von (hoch-)qualifizierten Arbeitskräften und Berufsgruppen mit Fachkräftemangel angepasst. Im Rahmen eines allgemeinen Wettbewerbs um Talente haben viele Industrieländer auf einen tatsächlichen oder prognostizierten Fachkräftemangel reagiert, indem sie eine Politik eingeführt haben, die die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland erleichtert (z. B. BBSR 2014). Die schrittweise Anpassung der deutschen Einwanderungspolitik wurde durch diese „Qualifikationswende“ vorangetrieben, wie die Einführung einer Green Card für IKT-Fachkräfte (2000), einem neuen Einwanderungsgesetz (2005) und das Inkrafttreten der Blauen EU-Karte für hochqualifizierte Migranten (2012) zeigen.

Die Einführung des *Fachkräfteeinwanderungsgesetzes* (2020) gilt als nächster wichtiger Schritt, um Deutschland nach vielen – teilweise hitzigen – Debatten in Politik, Öffentlichkeit und Medien als Aufnahmeland für Migranten anzuerkennen. Die wichtigsten Änderungen in der Migrationspolitik sind folgende:

- Inhaber jeglicher Aufenthaltsrechte sind berechtigt, eine Arbeit aufzunehmen
- Abschaffung der bisherigen Regelung, die einen erleichterten Zugang nur für Berufe zuließ, bei denen ein Arbeitskräftemangel festgestellt wurde (z.B. IT- oder Pflegeberufe) und Beendigung der Regelung zur Bevorzugung von Arbeitskräften aus dem Inland für alle anderen Berufe.
- Erweiterte Definition des Begriffs „Fachkräfte", der neben Inhabern eines Hochschulabschlusses nun auch Personen mit einer Qualifikation durch eine Berufsausbildung umfasst.
- Arbeitsuchende können nun nach Deutschland einreisen, um dort einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildung zu finden.

Die Aufmerksamkeit richtet sich verstärkt auf qualifizierte Arbeitskräfte. Infolgedessen hat sich die Zuwanderung im Hinblick auf das Bildungsniveau stärker polarisiert, und es besteht nun eine Diskrepanz zwischen Richtlinien, die auf geringqualifizierte Migranten in Deutschland bzw. auf die Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften nach Deutschland ausgerichtet sind. Während die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte kaum auf öffentlichen oder politischen Widerstand stößt, insbesondere in einem Klima eines relativ robusten Wirtschaftswachstums, sind geringqualifizierte Migranten (und Flüchtlinge) weit weniger privilegiert.

Darüber hinaus müssen auch spezifische Wendepunkte auf europäischer Ebene und darüber hinaus in Betracht gezogen werden. Drei solcher Wendepunkte hatten besonders große Auswirkungen:

a) Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise (seit 2008), die zu einer verstärkten EU-internen Migration aus den am stärksten betroffenen südeuropäischen Ländern in stabilere oder weniger betroffene Volkswirtschaften wie Deutschland führte.

b) Der erhebliche Anstieg der Zahl der Flüchtlingsankünfte, der um 2012 begann und 2015/2016 seinen Höhepunkt erreichte, sowie die darauffolgenden politischen Debatten und entsprechenden politischen Reaktionen.

c) Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Migrationsströme seit Anfang 2020, die beispielsweise zu einem allgemeinen Rückgang der Arbeitsmigration geführt und die humanitäre Krise im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingsmigration offengelegt haben.

INSTITUTIONELLER RAHMEN

In der Bundesrepublik Deutschland verfügen die 16 Bundesländer über umfangreiche Gesetzgebungskompetenzen. Im Hinblick auf Migration und Integration, welche die nationale Souveränität betreffen, ist die nationale/föderale Ebene die wichtigste Politik- und Entscheidungsebene (siehe 3.3.1). Die Bundesländer haben jedoch die Freiheit, z. B. die Integrationspolitik nach ihren Bedürfnissen zu gestalten (siehe 3.3.2). Nach dem Grundgesetz sind die deutschen Kommunen für verschiedene Verwaltungsbereiche zuständig. Dies umfasst insbesondere die Zuständigkeit für die Verwaltungsorganisation, die Beschäftigung von Personal, den Haushalt, die Planung und die Durchführung der örtlichen Vorschriften (siehe 4.1).

BUNDESEBENE

BMI – Das Bundesministerium des Innern, für Bau und *Heimat* ist die oberste politische Instanz in Deutschland. Für die hier behandelten Bereiche sind vor allem zwei Abteilungen von Bedeutung: Abteilung M (Migration, Flüchtlinge, Rückkehrpolitik) ist die zentrale Abteilung des Bundes für Migrationspolitik. Sie ist die oberste politische Instanz auf Bundesebene, die für die wichtigsten Entscheidungen über den Aufenthalt und die Umsetzung des gemeinsamen EU-Arbeitnehmerfreizügigkeits- und Asylrechts auf europäischer und deutscher Ebene zuständig ist. Sie entwickelt auch Strategien für Ausländer, die in ihre Heimatländer zurückkehren möchten. Abteilung H (Heimat) ist für die Integrationspolitik und das bürgerschaftliche Engagement zuständig.
Das *Integrationsgesetz* wurde 2016 als Reaktion auf die Ankunft einer großen Zahl von Flüchtlingen in Deutschland eingeführt. Es sieht ein System zur mehr oder weniger gleichmäßigen Verteilung von Flüchtlingen auf die Regionen vor. Das Gesetz beschränkt den Wechsel des Wohnsitzes über die Grenzen der Bundesländer hinaus auf drei bis sechs Monate für Asylbewerber und ein bis drei Jahre für Flüchtlinge, je nach Bundesland (El-Kayed/Hamann, 2018). Das Gesetz steht in der Kritik, da es die Arbeitsmarktintegration durch die Einschränkung der Mobilität behindert, etwa bei der Zuweisung von Flüchtlingen in schrumpfende Regionen mit ausreichendem Wohnraumangebot, aber ohne Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten (Brücker et al., 2020).

BAMF - das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist eine Bundesoberbehörde des BMI. Es ist die oberste Behörde für Migrationsangelegenheiten. Das Amt ist mit Außenstellen, Aufnahmezentren und Verwaltungsstellen in ganz Deutschland dezentral vertreten. Das BAMF hat das alleinige Entscheidungsrecht für Asylverfahren sowie für alle Angelegenheiten, die den Aufenthaltsstatus betreffen (§ 5 AsylG). Darüber hinaus ist es für alle Angelegenheiten im Anschluss an das Asylverfahren zuständig, die vor allem die Integration von Migranten betreffen (§ 75 AufenthG) (Deutscher Bundestag, 2018; BAMF, 2016):

- Hauptaufgaben des BAMF im Bereich der Integration sind die Organisation von Integrationskursen durch private und öffentliche Träger; die Steuerung der Betreuung von Migranten durch Wohlfahrtsverbände und andere Organisationen; die Konzeption und Durchführung von Programmen zur Integration (Sprache, Soziales, Arbeit) in Zusammenarbeit mit einer Vielfalt von Akteuren; Deutschkurse für den Arbeitsmarkt.
- Koordinierung der Bemühungen zur Verhinderung der Radikalisierung von Migranten, dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit muslimischen Organisationen.
- Darüber hinaus betreibt das BAMF auch eigene Forschung zu allen Fragen rund um die Themen Migration, Asyl und Integration.
- Es erhebt eigene Daten durch die Verwaltung des Ausländerzentralregisters, das die zentrale Datenstelle des Bundes und der Länder sowie für EUROSTAT ist.
- Seine wichtigsten internationalen Aufgaben sind: Zusammenarbeit mit Partnern im Ausland und europäischen Organen bei der Umsetzung von Gesetzgebung und Politik; Überwachung und Analyse der Politik/Gesetzgebung in den EU-Mitgliedstaaten; Unterstützung des BMI in internationalen Angelegenheiten; und Verwaltung des Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF, 208 Mio. Euro von 2014-2020), der darauf abzielt, ein gemeinsames europäisches Asylsystem zu schaffen, Drittstaatsangehörige zu integrieren und legale Migration und Rückkehr zu erleichtern.
- Zuständig für die Neuansiedlungsverfahren von Drittstaatsangehörigen, die in anderen EU-Ländern Asyl suchen.

BMAS – Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ist für das *Asylbewerberleistungsgesetz* zuständig, das die finanzielle Unterstützung von Asylbewerbern regelt. Außerdem führt es spezielle Programme durch, die Asylbewerbern den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern sollen. Die deutsche Bundesregierung hebt

sowohl die Integration in den Arbeitsmarkt als auch die Bildung als grundlegende Chancenstrukturen für Migranten hervor (BMAS, 2020). Die Teilhabe am Arbeitsmarkt wird als Voraussetzung für die soziale Integration betrachtet, und Bildung und Ausbildung gelten als wichtige Faktoren, um dies zu erreichen. In Deutschland hängen die Arbeitsmarktchancen von Migranten von ihrem Migrations-/Rechtsstatus ab. Abhängig von ihrem Migrations-/Rechtsstatus variiert der Zugang zum Arbeitsmarkt erheblich. Basierend auf diesem Status benötigen Migranten eine Genehmigung von der *Ausländerbehörde* und in einigen Fällen von der *Agentur für Arbeit*. Arbeitsmarkt für verschiedene Statuskategorien.

Tabelle 1: Überblick über den Zugang zum Arbeitsmarkt je nach Migrations-/Rechtsstatus

Migrations-/Rechtsstatus	Gesetzlicher Paragraph	Zugang zum Arbeitsmarkt
Anerkannte Flüchtlinge	§ 25, Absatz 2, Satz 1, Alt. 1 AufenthG	Unbeschränkt; kann jede Art von Beschäftigung und jede Berufsausbildung aufnehmen
Asylberechtigte Personen	§ 25, Absatz 1, Satz 1, AufenthG	
Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz	§ 25, Absatz 2, Satz 1, Alt. 2, AufenthG	
Asylbewerber	§ 61 Absatz 2 AsylG (nicht verpflichtet, in Aufnahmeeinrichtungen zu wohnen)	Nach drei Monaten Aufenthalt
	§ 47, Absatz 1, Satz 1, AsylG (mit minderjährigen Kindern)	Nach sechs Monaten Aufenthalt
	(ohne minderjährige Kinder)	Nach neun Monaten Aufenthalt
Geduldete Personen (Geduldet)	§ 32 Abs. 1 BeschV; § 32 Abs. 2 Nr. 5 BeschV	Begrenzt; aber möglich nach drei Monaten bzw. sechs Monaten, wenn die Verpflichtung besteht, in einer Aufnahmeeinrichtung zu leben Unbegrenzt nach vier Jahren Aufenthalt
Internationale Studierende (nicht-EU)	§ 16 Abs. Abs.4	Begrenzt auf 120 volle Tage oder 240 halbe Tage pro Kalenderjahr; haben 18 Monate Zeit, um nach Abschluss des Studiums eine Beschäftigung zu finden

Quellen: BMAS, 2020

Der Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration – seit 2005 direkt im Bundeskanzleramt angesiedelt – unterstützt und berät die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung ihrer Migrations- und Integrationspolitik. In Zusammenarbeit mit den Ländern, Kommunen, der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und Migrantenorganisationen koordiniert er den *Nationalen Aktionsplan Integration*. Es hat die Aufgabe, über die rechtlichen Möglichkeiten der Einbürgerung zu informieren und die mit der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit verbundenen Rechte zu gewährleisten.

Die **Bundesagentur für Arbeit** verfolgt außerdem das Ziel, die Aus- und Weiterbildung von Migranten zu erleichtern und ihre Beteiligung am Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Der **Sachverständigenrat deutscher Stiftungen zu Fragen der Migration und Integration** ist ein nichtstaatliches, hochrangiges und unabhängiges Gremium der wissenschaftlichen Politikberatung. Er veröffentlicht seit 2010 jährliche Gutachten zu Migrations- und Integrationsfragen. Außerdem betreibt er das Integrationsbarometer, das das „Integrationsklima“ in Deutschland misst.

LANDESEBENE (REGIONAL)

Die Aufgabe der „lokalen“ Verwaltung von Asylbewerbern, einschließlich der Registrierung, Unterbringung und Bereitstellung grundlegender sozialer Dienste, wurde in Deutschland vom Bund an die ***Bundesländer*** delegiert. Die Länder leiten diese Aufgaben und die erforderlichen Mittel an die *kommunale Ebene* weiter. Die Bundesländer haben darüber hinaus eigene Zuständigkeiten für die Gestaltung der Integrationspolitik.

Auf Bundesebene hat Nordrhein-Westfalen (NRW), zu dem Dortmund gehört, als erstes Bundesland im Jahr 2005 ein „Integrationsministerium“ eingerichtet, das die Leitlinien für kommunale Integrationsansätze festlegt (Reichwein/Vogel, 2004). **KOMM-AN-NRW** ist das erste Projekt dieses Ministeriums, das im Jahr 2005 ins Leben gerufen wurde und noch immer aktiv ist. Ziel des Programms ist es, Städte und Gemeinden bei der Öffnung ihrer Behörden zu unterstützen, Transparenz über Integrationsangebote zu schaffen, eine effiziente Vernetzung herbeizuführen und eine systematische Steuerung von Integrationsprozessen und kommunalem Integrationsmanagement zu erreichen (MAIS, 2011).

Als Teil der staatlichen Bürokratie beaufsichtigen die ***Ausländerbehörden*** der Länder ihre kommunalen Amtskollegen, die für die Umsetzung der Aufenthalts- und Asylgesetze zuständig sind. Die Landesebene kann den kommunalen Ebenen auch Entscheidungskompetenzen entziehen, zum Beispiel bei grobem Missmanagement der Kommunen.

In NRW ist das **Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration** seit 2012 zuständig für die Umsetzung des Integrationsgesetzes; die politische Beratung der Ausländerbehörden und der Bezirksregierungen; die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen (*Bezirksregierung Arnsberg* für Dortmund) und die Härtefallkommission.

In NRW wird die Landesregierung von einem **Beirat** der Landesregierung für Teilhabe und Integration beraten, der sich aus Akademikern, Vertretern der Wirtschaft und der Gesellschaft zusammensetzt.

NRW stellt die Landesstelle für schulische Integration (LaSi) und das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW (MKFFI) zur Verfügung, die die Integrationszentren auf lokaler Ebene durch Informations- und Wissensvermittlung beraten und begleiten.
Darüber hinaus gibt es in jedem Bundesland, meist im jeweiligen Ministerium, einen Integrations- und Ausländerbeauftragten.

REGIONALE UND INTERNATIONALE KOOPERATION

Deutschland ist Mitglied der **Internationalen Organisation für Migration** (IOM), die 1951 gegründet wurde. In Deutschland liegt der Arbeitsschwerpunkt auf Neuansiedlungsprojekten, Familienzusammenführung und Unterstützung der freiwilligen Rückkehr und Reintegration.

Die Stadt Dortmund hat eine Reihe von etablierten Partnerstädten. Einige dieser Partnerschaften basieren auf einer gemeinsamen industriellen Vergangenheit und wurden mit anderen älteren Industrie- und Umstrukturierungsstädten wie Leeds (Vereinigtes Königreich), Buffalo (USA) oder Rostow (Russland) gegründet oder sie basieren auf bedeutenden historischen Verbindungen, beispielsweise mit Frankreich (Amiens) und Israel (Netanya). Seit kurzem gibt es auch eine Wirtschaftspartnerschaft mit Xi'an (China) und mit Trabzon (Türkei), wobei letztere auf der starken Migration von Gastarbeitern zwischen den beiden Regionen aufbaut.

4. STADTSTRUKTUR

Mit 603 609 Einwohnern (2019) ist Dortmund die größte Stadt im Ruhrgebiet, dem ehemaligen industriellen Kerngebiet Westdeutschlands, das ursprünglich zu den größten industriellen Ballungsräumen Europas gehörte. Dortmund ist Teil der großen polyzentrischen Metropolregion Rhein-Ruhr mit einer Bevölkerung von fast 11 Millionen Einwohnern, zu der mehrere größere Städte wie Köln, Düsseldorf, Essen und Bochum gehören und ist somit in ein umfassendes regionales Berufsverkehrssystem eingebunden.

Obwohl die Stadt mittelalterliche Ursprünge hat und aufgrund ihrer Lage an den Handelswegen zu einem Handelszentrum wurde, begann die rapide Entwicklung zur Großstadt erst im späten 19. Jahrhundert, als die gesamte Region eine massive Industrialisierung erlebte. In Dortmund wurde diese Entwicklung durch den Ausbau von Stahlwerken, Kohlebergwerken und anderen Industriezweigen, wie z. B. Brauereien, vorangetrieben. Ehemals ländliche Dörfer und kleinere Städte im Umfeld von Bergwerken und Industrien wuchsen schnell. Die Siedlungsstruktur war also nicht unbedingt mit der Stadt verbunden. Infolgedessen hat Dortmund für eine Stadt dieser Größe einen relativ kleinen Stadtkern.

Nach den Aufschwungsjahren der Nachkriegszeit führte die Deindustrialisierung zum Verschwinden eines großen Teils der früheren wirtschaftlichen Grundlage der Stadt, was einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und andere soziale Probleme zur Folge hatte (Thieme/Laux 1996). Die Zahl der Arbeitnehmer in der Herstellung ging von 92 000 im Jahr 1970 auf 26 000 im Jahr 2015 zurück – von etwa einem Drittel auf nur noch etwa zehn Prozent der Gesamtbelegschaft. Gegenüber ihrem Höchststand im Jahr 1970 nahm die Einwohnerzahl der Stadt bis 2011 um 77 761 oder 12,0 Prozent ab.

Fast alle größeren deutschen Städte – auch die vom Rücklauf der Industrie geprägten – haben steigende Einwohnerzahlen. In Dortmund hat sich der Bevölkerungsrückgang in den 2000er Jahren wieder erholt, was auf einen allgemeinen Trend zur Reurbanisierung in größeren deutschen Städten zurückzuführen ist (Herfert/Osterhage, 2012). Eine derartige umfassende Reurbanisierung ist eine potenzielle Triebkraft der Gentrifizierung, da die Nachfrage nach Wohnraum in städtischen Gebieten steigt.

Einwohner in deutschen Städten eher Mieter als Eigentümer von Immobilien. In Dortmund wohnen 70 Prozent zur Miete und nur 30 Prozent im eigenen Heim (NRW Bank 2017), und in den zentraler gelegenen Stadtteilen ist der Anteil der Mieter noch höher. In deutschen Städten wie Dortmund werden in den so genannten gentrifizierenden Quartieren vor allem Mietwohnungen gesucht. Die Leerstandsquote ist daher auch in nicht so guten Stadtteilen gering. Im Gegensatz zu anderen Großstädten ist der Wohnungsbestand in Dortmund – obwohl Tendenz steigend – im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten noch erschwinglich.

In den folgenden Abschnitten werden die spezifischen Aufgaben, Strategien und Maßnahmen im Bereich Integration und Migration für die Stadt Dortmund erläutert.

DEZENTRALISIERUNG IN DORTMUND

Dortmund ist eine Großstadt im *Bundesland* Nordrhein-Westfalen (NRW). Als bevölkerungsreichstes deutsches *Bundesland* hat NRW eine zusätzliche Regierungsebene zwischen dem Bundesland und den Kommunen, den *Regierungsbezirk*. Dortmund gehört zum *Regierungsbezirk* Arnsberg. Die Stadt Dortmund gehört zusammen mit 10 weiteren Städten des Ruhrgebiets mit insgesamt 5,1 Millionen Einwohnern zu einer Gebietskörperschaft, dem *Regionalverband Ruhr* (RVR). Der RVR ist ein regionales Planungsgremium mit dem Ziel, die Zusammenarbeit innerhalb der Region zu verbessern und größere Verkehrs-, Infrastruktur- oder andere Projekte zu entwickeln. Verwaltungsmäßig ist Dortmund in 12 Stadtbezirke und 170 statistische Unterbezirke gegliedert.

Nach dem Grundgesetz sind die deutschen Kommunen für verschiedene Verwaltungsbereiche **zuständig**. Dies umfasst insbesondere die Zuständigkeit für die Verwaltungsorganisation, die Beschäftigung von Personal, den Haushalt, die Planung und die Durchführung der örtlichen Vorschriften.

Bei den **kommunalen Aufgaben der Kommunen** in Deutschland lassen sich grundsätzlich drei Arten unterscheiden.

(1) Freiwillige Aufgaben sind Aufgaben, bei denen die Gemeinde die volle Gestaltungs- und Umsetzungskompetenz hat. Zu diesen Aufgaben gehören typischerweise die Bereitstellung von Sport- und Kultureinrichtungen (z.B. Theater, Museen), die Pflege des öffentlichen Raums (z.B. Parks, Freizeitzentren), die Bereitstellung von Mitteln für Bereiche wie Jugend oder Sport, die Pflege von Städtepartnerschaften und die Wirtschaftsförderung.

Im Bereich der Migration und Integration gehört die Umsetzung von Integrationskonzepten zu den freiwilligen Aufgaben. Die Integrationspolitik hat in Deutschland seit Anfang der 2000er Jahre an Dynamik gewonnen, als die Integration von Migranten und nicht die Migration an sich zu einem relevanten Thema in politischen, öffentlichen und medialen Debatten wurde. Da die Umsetzung solcher Integrationskonzepte in den Zuständigkeitsbereich der lokalen Behörden fällt, beobachten wir eine frühe Anpassung in mehreren größeren westdeutschen Städten mit hohem Migrantenanteil (einschließlich Dortmund), aber auch eine langsame oder gar keine Anpassung in abgelegeneren Gebieten. Solche freiwilligen Aufgaben können auch die Bereitstellung spezieller Beratungsdienste für Migranten oder die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in Debatten über Themen rund um Migration und Integration, wie etwa die Bekämpfung von Rassismus, umfassen.

(2) Zu den **Pflichtaufgaben mit einem gewissen Spielraum** bei der Umsetzung gehören die Bereitstellung von Bildungsinfrastrukturen (z. B. Schulgebäude), Kinderbetreuungseinrichtungen, Volkshochschulen und Bauleitplanung.

Im Hinblick auf Migration und Integration können solche flexibleren Pflichtaufgaben die Bereitstellung spezifischer Dienstleistungen im Bereich der Kinderbetreuung oder der Jugend- und Sozialarbeit umfassen.

(3) Pflichtaufgaben im Sinne von Bundes- oder Landesrichtlinien sind Aufgaben, die die Kommunen zu erfüllen haben, auf deren Ausgestaltung sie aber praktisch keinen Einfluss haben. Zu diesen Aufgaben gehören das Meldewesen, die Ausländerverwaltung (Migranten), der Zivilschutz, die Gesetze zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie die Bauaufsicht.

Beispiele für solche gesetzlich geregelten Aufgaben in Bezug auf Migration und Integration sind die Zuweisung von Unterkünften und die Bereitstellung von Grundversorgungsleistungen für Flüchtlinge und Asylbewerber.
Wichtig ist, dass mehrere Aufgaben, die für die Integration von Migranten von Bedeutung sind, nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunalverwaltung fallen, sondern von übergeordneten Regierungsebenen (Bund oder Länder) kontrolliert werden. Der wichtigste dieser Bereiche ist die Bildungspolitik, die in Deutschland in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt. Dies hat zur Folge, dass die Bildungssysteme von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich sind, oft abhängig von der historischen Entwicklung des jeweiligen regionalen Kontextes und der Konstellation der relevanten politischen Parteien.

LOKALE MIGRATIONSPOLITIK

Die Stadt Dortmund beschreibt sich selbst als kosmopolitisch und vielfältig und verweist aufgrund ihrer langen Migrationsgeschichte auf die Vielzahl von Akteuren und

Einrichtungen auf dem Gebiet der Integration (Stadt Dortmund, 2013).

Initiativen und Maßnahmen zur Integration und Inklusion

Die Stadt Dortmund befasst sich intensiv mit den Themen Migration und Integration. Die Prominenz wird deutlich, wenn man die vielfältigen Aktivitäten in diesem Bereich betrachtet, bei denen es sich um freiwillige Aufgaben handelt. Die bereichsübergreifende (intersektorale) Aufgabe der Integration wurde in den Vordergrund gestellt, indem sie der direkten Aufsicht des Oberbürgermeisters unterstellt wurde. Die Stadt hat im Jahr 2005 einen „Masterplan Migration/Integration" eingeführt. Diese Arbeit wurde bisher in vier Perioden durchgeführt:

- **Erste Periode** (2005—2010): Definition von „Integration" und Leitbild; Entwicklung von Netzwerken. Dortmund hatte bereits seit 2006 ein kleines Integrationsbüro, das 2010 unter die direkte Aufsicht des Oberbürgermeisters gestellt wurde.
- **Zweite Periode** (2010—2013): Identifizierung von vier zentralen Handlungsfeldern im Bereich der Integration: (1) Bildung (Verbesserung der Chancen von Kindern und Jugendlichen; Nutzung und Anerkennung des interkulturellen Kapitals; (2) Arbeit und Unternehmen (Bereitstellung qualifizierter Arbeitskräfte; Unterstützung ethnischer Unternehmen; 3Ts (basierend auf den Ideen von Richard Florida): Technik, Talente, Toleranz); (3) Unterstützung eines „sozialen Gleichgewichts" zwischen den Stadtbezirken (Zugang zu Ressourcen, lokaler Arbeitsmarkt, lokale Zusammenarbeit von NRO und anderen Akteuren); (4) Förderung einer toleranten und internationalen Stadt (Anerkennung von Fähigkeiten und Ressourcen; Gefühl der Zugehörigkeit, Partizipation, Antidiskriminierung, kosmopolitische Stadtgesellschaft). Initiierung eines umfassenden Dialogs zwischen allen relevanten Akteuren innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung; Gründung einer Expertengruppe, die die Arbeit der Arbeitsgruppen zu den oben genannten vier Bereichen steuert. Einbindung des Integrationsrates als gewähltes Gremium zur Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Masterplans.
- **Dritte Periode** (2013—2017): Im Jahr 2012 hat NRW als erstes Bundesland ein Landesintegrationsgesetz (Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW) verabschiedet. Das Gesetz bildet die Grundlage für die Kommunen, kommunale Integrationszentren einzurichten, die die Strategien „Integration als Querschnittsaufgabe" und „Integration durch Bildung" vereinen. In Dortmund wurden 2013 die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) und MIA-DO zum Kommunalen Integrationszentrum Dortmund (Migrations- und Integrationsagentur, MIA-DO-KI) zusammengelegt. Die Hauptaufgaben der MIA-DO-KI sind die weitere Umsetzung des Masterplans Integration/Migration und die weitere Förderung der Netzwerke und Kooperationen rund um diese Themen.
  - In dieser Phase wurden auch neue Projekte mit Landesförderung übernommen (z.B. KOMM-AN-NRW).
  - Integrationskongress im Jahr 2015 zur Auswertung der bisherigen Arbeit und zur Identifizierung neuer Bereiche.
- **Aktuelle Periode** (seit 2018): In jüngster Zeit konzentriert sich der Masterplan auf die Unterstützung von Migrantenorganisationen (durch Professionalisierung, Schulung) und anderen NRO (wie Wohlfahrtsverbänden) sowie auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Die bereichsübergreifende Zusammenarbeit ist eine der zentralen Aufgaben. Integration ist eine interdisziplinäre Aufgabe, die Aspekte aus verschiedenen Bereichen der kommunalen Verwaltung berührt (z.B. Bildung, Soziales, Wohnen, Arbeit etc.). Ziel von MIA-DO-KI ist es, die Grundlage für eine konstruktive und bereichsübergreifende Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten Akteuren zu schaffen, darunter die wichtigsten Abteilungen der Stadtverwaltung, Akteure der Zivilgesellschaft, Migrantenorganisationen und andere NROs sowie der Integrationsrat der Stadt (Stadt Dortmund, 2018). MIA-DO-KI koordiniert eine breite Palette von thematischen Netzwerken (weitere Informationen,

Kommunikation mit der Stadt Dortmund).

Seit 2010 werden Migranten in Dortmund auch durch den **Integrationsrat** der Stadt vertreten. Der Integrationsrat wird von allen Dortmunder Bürgern mit Migrationshintergrund gewählt (letzte Wahl 09/2020). Er berät den Stadtrat in allen Fragen der Integration und hat damit einen gewissen Einfluss auf die Entscheidungsfindung des Stadtrats, seiner verschiedenen Ausschüsse und der Bezirksräte. Seine Mitglieder wirken in den Arbeitsgruppen „Politische Partizipation", „Bildung/Sprache" und „Übergang Schule-Beruf" mit. Der *Integrationsrat der Stadt Dortmund* konzentrierte sich zwischen 2010 und 2015 auf die Bereiche Bildung, Bekämpfung von Diskriminierung und Rechtsextremismus in Bezug auf Migranten (2011); seit 2016 sind weitere Themenschwerpunkte wie Migration und Behinderung oder politische Partizipation hinzugekommen (Stadt Dortmund Integrationsrat, 2015).

Die Stadt Dortmund ist Mitglied der *Städtekooperation Integration*, einem Zusammenschluss von Kommunen des Ruhrgebiets, der innovative Ansätze in den Bereichen Integration und Migration verfolgt. Sie betont die Vielfalt in den heutigen städtischen Gemeinschaften und betrachtet die kulturelle Vielfalt sowohl als Potenzial als auch als Herausforderung. Gleichzeitig erachtet sie interkulturelle Kompetenzen als wesentlich für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung (Städtekooperation Integration. Interkommunal, 2011: 5).

Maßnahmen im Bereich der Integration:

- Als Reaktion auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus den EU-Beitrittsländern hat Dortmund die Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung entwickelt, die sich auf die innereuropäische Zuwanderung, insbesondere aus Bulgarien und Rumänien (obwohl sie 2004 der EU beigetreten sind, dürfen Bürger aus diesen beiden Ländern erst seit 2014 legal in Deutschland arbeiten), sowie auf Flüchtlinge konzentriert. Die Hauptaufgabe besteht darin, den Abteilungen und Netzwerke das nötige Wissen zu vermitteln, um komplexe Herausforderungen zu bewältigen. Koordiniert wird die Strategie vom Sozialamt in enger Zusammenarbeit mit dem kommunalen Integrationszentrum (MIA-DO-KI) und dem Jugendamt.

  Seit etwa 2010 wurden Lösungsansätze zur Bewältigung besonderer Probleme (Armut, Überbelegung in inadäquaten Wohnungen, fehlender Krankenversicherungsschutz, ...) in Verbindung mit Gruppen aus Rumänien und Bulgarien entwickelt.

- Im Rahmen des Integrationsnetzwerks „lokal willkommen" haben Stadtverwaltung, Wohlfahrtsverbände und freie Träger in den Stadtbezirken Büros zur Beratung und Vermittlung eingerichtet, die Migranten und der einheimischen Bevölkerung leicht zugängliche Informationen und Unterstützung bieten.

Weil Migrations- und Integrationsthemen für die Stadt Dortmund einen hohen Stellenwert haben, ist es nicht verwunderlich, dass auch andere Themen, die allgemein damit verbunden sind, für verschiedene Programme und Projekte genutzt werden:

- Im Rahmen der Debatten um die Fachkräftesicherung in Deutschland sind seit den 2000er Jahren Willkommenskonzepte besonders in den Fokus gerückt. Auf allen staatlichen Ebenen gibt es Programme, die darauf abzielen, den Zugang, die Gewinnung und die Bindung solcher „internationalen Talente" zu erleichtern. In Dortmund fallen solche Ansätze in den Zuständigkeitsbereich der Wirtschaftsförderung. So zum Beispiel auch im Einklang mit dem Masterplan Wissenschaft, einer Multi-Akteurs-Governance-Strategie, die Hauptakteure wie Hochschuleinrichtungen (insbesondere die TU Dortmund), größere Arbeitgeber und Abteilungen der Stadtverwaltung einbezieht. Ziel ist es, ausreichend

qualifizierte Arbeitskräfte für die lokalen Arbeitgeber bereitzustellen.

- Im Jahr 2007 bewilligte der Stadtrat die Ausarbeitung eines lokalen Aktionsplans für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Parallel dazu wurde ein Koordinierungsstelle für diese Themen in direkter Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister der Stadt eröffnet. Diese ist im Rathaus direkt im Bereich des Oberbürgermeisters angesiedelt. Im Zusammenhang mit der Anwerbung qualifizierter Migranten positioniert sich die Stadt als offene, einladende und tolerante Stadt und lehnt jegliche Art von Rassismus entschieden ab. Dortmund hatte in der Vergangenheit Probleme mit rechtsextremen Aktivitäten, die sich im Wahlverhalten, bei Demonstrationen, rassistischen Straftaten und lokalen Problemen mit rechtsextremen Gruppen widerspiegeln. Eine vom Oberbürgermeister initiierte Kampagne „Wir ALLE sind Dortmund“ wirbt für Dortmund als tolerante und offene Stadt. Ein vom Kommunalen Integrationszentrum koordiniertes Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ greift diese Themen in den Schulen auf. MIA-DO-KI bietet mit dem Programm BikUS auch Beratung zur interkulturellen Bildung von Lehrern an.

- Eine von MIA-DO-KI koordinierte Initiative zur Förderung der Mehrsprachigkeit (Initiative Lebendige Mehrsprachigkeit) bietet Kurse in 16 Sprachen für Kinder an, die zu Hause eine andere Sprache sprechen.

Neben der Gesamtstrategie (s.o.) gibt es seit 2015 spezifische Projekte, die sich mit der Integration von „**Flüchtlingen**“ beschäftigen:

- Das vom Land geförderte Dachprojekt KOMM-AN NRW (2016–2022) zielt auf die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe in allen Städten in NRW. Die Städte können durch Fördergelder bei der Umsetzung weiterer Maßnahmen unterstützt werden. Das Programm gliedert sich in drei Teile auf: (1) Stärkung der kommunalen Integrationszentren; (2) Bedarfsorientierte Maßnahmen vor Ort; (3) Stärkung der Integrationsagenturen. Dortmund wurde als Projektstadt für das Projekt „Kommunen als Arbeitgeber mit Zukunft“ ausgewählt, mit dem die Stadt Dortmund die Beschäftigungsquote von Jugendlichen mit Migrationshintergrund erhöhen will.

- Junge Flüchtlinge stehen im Mittelpunkt mehrerer Projekte, an denen Dortmund beteiligt ist. Ein Beispiel ist die Landesinitiative „gemeinsam klappt's“, die geflüchtete Jugendliche im Alter von 18-27 Jahren unterstützt und berät.

Ein besonderer Schwerpunkt der Projekte liegt auf der Integration in den **Arbeitsmarkt**:

- Gemeinsamer dualer Studiengang „Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Armut und (Flüchtlings-)Migration“ der Stadt Dortmund und der Fachhochschule
- Agentur für Arbeit und Kammern (Handels- und Handwerkskammern) bieten Beratungsdienste zur Förderung des Eintritts von Migranten in den Arbeitsmarkt an.
- Dortmund war eine der ersten deutschen Städte, die auf den drohenden Fachkräftemangel reagiert hat. Darüber hinaus führt die Wirtschaftsförderung der Stadt ein seit langem etabliertes Programm zur Beobachtung der Qualifikationslage durch, bei dem erhoben wird, wie Arbeitgeber ihre Nachfrage nach und das Angebot an Fachkräften bewerten (Stadt Dortmund, 2016).

EINBEZIEHUNG DER MIGRATION IN ALLE BEREICHE

Die Stadt Dortmund ist sich seit langem der bedeutenden Rolle bewusst, die die Migration für ihre städtische und soziale Entwicklung spielt. Das Thema Migration und Integration

wird durch die Aufnahme in Richtlinien insbesondere im Bereich Bildung, aber auch in anderen Bereichen wie Sozialarbeit, Arbeitsmarkt oder Vielfalt berücksichtigt.

QUERSCHNITTSTHEMEN (GESCHLECHT, ALTER, MIGRATIONSSTATUS usw.)

Mehrere Programme richten sich an bestimmte Gruppen von Migranten wie Frauen, LBGT, Jugendliche oder ältere Menschen. Ein Beispiel ist das *Jugendberufshaus*, das vom Arbeitsamt Dortmund eingerichtet wurde und junge Migranten unter 25 Jahren bei ihrer Arbeitsmarkt- und Bildungsorientierung unterstützt. Es unterstützt den Einzelnen bei der Entscheidungsfindung.

INSTITUTIONELLER RAHMEN

Das Netzwerk „Zuwanderung aus der EU“ koordiniert von Caritas (Katholische Kirche), Diakonie (Evangelische Kirche) und Sozialamt, verschiedene Arbeitsgruppen innerhalb des Netzwerks (z.B. Kinder/Jugend, Gesundheit, Freiwilliges Engagement, Arbeitsmarkt, etc.), jeweils koordiniert von einem Team aus einem nichtstaatlichen Akteur und einem Vertreter der Verwaltung, ist Teil der Gesamtstrategie Neuzuwanderung.

STAATLICHE AKTEURE AUF LOKALER EBENE
Lokale nros und der private sektor

Dortmund verfügt über ein breit gefächertes Netzwerk verschiedener Akteure, die Dienstleistungen für Migranten erbringen und Integrationsaufgaben wahrnehmen. Unter den nichtstaatlichen Organisationen gibt es ein breites Spektrum an gemeinnützigen Organisationen, Migranten- und anderen Vereinen, Projekten und Institutionen. Diese können auf nationaler, regionaler, städtischer oder nachbarschaftlicher Ebene tätig sein. Die Auflistung der Akteure (Tabelle 2) umfasst zum einen Organisationen, die in Dortmund verwurzelt sind, und zum anderen kleinere Akteure oder temporäre Projekte. Darüber hinaus befinden sich darunter Akteure mit unterschiedlichen Strukturen und Zielen, die eventuell verschiedene Zielgruppen erreichen und die gesamte erforderliche Bandbreite einbeziehen, wie z. B. Drittorganisationen und glaubensbasierte Organisationen. Außerdem gehören dazu Akteure, die verschiedene Arbeitsbereiche abdecken und einen breiten Überblick über die Bereiche Wohnen, Gesundheitsfürsorge, Integration usw. haben. Was ihre Zielgruppen betrifft, so wenden sich einige Akteure nicht nur an Migranten, sondern arbeiten mit Migranten und Menschen die allgemein Hilfe suchen; darüber hinaus bieten sie eventuell spezielle Dienste für Untergruppen wie Flüchtlinge, Migrantinnen, junge Migranten usw. an. Während des Höhepunkts des Flüchtlingszustroms im Jahr 2015 unterstützten besonders viele Freiwillige die Ankunft von Flüchtlingen durch Arbeit in den Aufnahmezentren usw.

Tabelle 2: Übersicht der Akteure, Dortmund

Innerhalb der Stadtverwaltung Dortmund	
Abteilung	**Arbeitsbereich**
Amt für Angelegenheiten des OBs und des Rates [Internationale Fragen & Nachhaltige Entwicklung]	Koordinierung der Städtischen Diplomatie Europäische Events, Europäische Projektpartnerschaften, Außenbeziehungen
MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum Dortmund	Einbeziehung der Integration in die kommunale Arbeit Betreuung des Dolmetscherpools und der Liste der Freiwilligen für die Flüchtlingsarbeit

Dezernat Soziales	Koordination der „Kommunalen Integrationsverwaltung“ Koordinierung von „Lokal willkommen“ Strategische Sozialplanung
Dienstleistungszentrum Bildung	Zentrale Anlaufstelle für Eltern und Schüler an Schulen der Stadt Dortmund
Bürgerdienste International (Ausländerbehörde) [Internationale Bürgerdienste]	Zuständig für die Anmeldung von Daueraufenthaltsberechtigten, die Ausstellung von Aufenthaltserlaubnissen und anderen Verwaltungsdokumenten für Ausländer, die seit längerem in Dortmund leben und eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen oder eine Niederlassungserlaubnis besitzen.
Wirtschaftsförderung	Das Projekt perMenti für Frauen mit Fluchthintergrund richtet sich an Flüchtlingsfrauen mit höherem Bildungsabschluss (Abitur/ Studium) und/oder Berufserfahrung, die ihre Ausbildung und Arbeit in Deutschland fortsetzen wollen. Es bietet intensive Unterstützung, um die teilnehmenden Frauen auf eine ihrer Qualifikation entsprechende Tätigkeit vorzubereiten. Das Programm umfasst Einzelcoaching, Gruppengespräche und Weiterbildungsangebote. Im Mittelpunkt steht die Vermittlung eines oder mehrerer Praktika in einem Arbeitsfeld, das auf den beruflichen Erfahrungen der Frauen aufbaut, sowie die enge Zusammenarbeit mit den beteiligten Unternehmen.
Nordwärts Projekt	Breit angelegter Dialog- und Beteiligungsprozess mit dem Ziel, die Lebensqualität in der Stadt insgesamt zu verbessern Dadurch laufen über 200 Projekte im Nordwärts (z.B. Nordwärts-Forum, Stadtrundgänge, Nordwärts-Mobil, Expertenforen, Bürgercafés)
Nordstadtbüro	Teil des Nordwärts-Projekts, das sich auf die Unterstützung von ethnischen Unternehmen konzentriert
Arbeitsamt	Beratung und Unterstützung bei der Arbeitssuche und bei der Beantragung finanzieller Unterstützung. Es bietet spezielle Dienstleistungen für Neuankömmlinge, einschließlich Unterstützung in verschiedenen Sprachen.
Andere staatliche Organisationen	
Abteilung	**Arbeitsbereich**
Agentur für Arbeit	(Bundesregierung)
Nichtstaatliche Organisationen und andere Akteure	
Name	**Arbeitsbereich**
AWO (Arbeiterwohlfahrt)	Große nationale Ebene Verschiedene Dienstleistungen für Migranten: Beratung, Sprachhilfe, Nachbarschaftsprojekte, verschiedene Gruppen, ...
Deutsches Rotes Kreuz	Breites Spektrum an sozialen Dienstleistungen Betrieb des Flüchtlingswohnheims Scharhorst
Caritasverband Dortmund e.V.	Großer Wohlfahrtsverband der katholischen Kirche, der ein breites Spektrum an Dienstleistungen anbietet: z.B. betreibt er einen speziellen Dienst/Büro für Migranten
Diakonie in Dortmund und Lünen	Wohlfahrtsverband, der mit der evangelischen Kirche verbunden ist. Er bietet eine breite Palette von Unterstützungsleistungen für benachteiligte Gruppen an, darunter Beratung zu Migration und Asylverfahren und Unterstützung für unbegleitete Minderjährige.

Der Paritätitsche Wohlfahrtsverband	Nationale Ebene Wohnen im Alter, soziale Dienste, Kinderbetreuung, ...
Freiwilligenagentur (Verein zur Förderung der freiwilligen Tätigkeit in Dortmund e.V.)	Organisation von ehrenamtlicher Unterstützung für verschiedene Träger sozialer Dienste in Dortmund
GrünBau gGmbH	Förderung der Integration in den Arbeitsmarkt
VMDO – Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.	Dachverband für viele Migrantenorganisationen in Dortmund Bietet auch eigene Dienstleistungen an: z.B. Flüchtlingsbetreuung, Sprachkurse, ...
Unternehmen. Bilden.Vielfalt e.V. (UBV)	z.B. Unterstützung von Migrantenunternehmen
Rat der muslimischen Gemeinden	Muslimischer Rat
Multikulturelles Forum e.V.	Alteingesessene Migrantenorganisation. Sehr gut etabliert, inzwischen sehr professionell. Betreibt auch das „Haus der Vielfalt“
Train of Hope – Dortmund e.V.	Nordstadt. Flüchtlinge, insbesondere junge Migranten Faire Integrationschancen. Selbsthilfegruppe (persönliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen), Projekte für junge Talente, Sprachcafé, ... und andere Aktivitäten.
Netzwerk Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe	Bietet Informationen über den Ablauf der Flüchtlingsankunft in Deutschland
Verein „Projekt Ankommen e.V.“	Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge
Planerladen e.V.	Förderung demokratischer Stadtplanung und stadtteilbezogener Sozialarbeit. Stadtteilentwicklung, Wohnen, Integration. Nordstadt.
Volkshochschule Dortmund (VHS)	Sprachkurse
Africa Positive e.V.	Migranten aus Afrika. Förderung der Interkulturalität. Veranstaltungen.
African Tide	Verschiedene Projekte in Dortmund (und anderen Städten): z.B. soziale Integration, Sprache, Unterstützung bei der Unternehmensgründung. Betreibt auch das Flüchtlingsheim Iggelhorst
Flüchtlingspaten Dortmund e.V.	Unterstützung für Flüchtlinge (Flüchtlingshilfe): Dokumente, Wohnen, Rechtsberatung, Beruf, Familie, allgemeine Integrationsfragen.
European Homecare GmbH (EHC)	Unternehmen für soziale Dienstleistungen, spezialisiert auf den Betrieb von Flüchtlingswohnheimen Betreibt Flüchtlingsheime in den Stadtteilen Hörde, Hombruch, Lütgendortmund

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Dortmund betreibt ein breites Spektrum an Aktivitäten im Bereich der internationalen Zusammenarbeit. Dazu gehört neben den etablierten Städtepartnerschaften (siehe 3.4) auch das Engagement durch mehrere Entwicklungsprojekte im Globalen Süden.
Diese Aktivitäten werden von Dortmund International (*Büro für internationale Beziehungen und nachhaltige Entwicklung*) koordiniert. Einige dieser Projekte werden mit Kommunen im Globalen Süden durchgeführt und engagieren sich somit in der kommunalen Entwicklungspolitik. Das Hauptziel ist die Umsetzung der 17 nachhaltigen Ziele. Jede teilnehmende Kommune setzt eigene Akzente in ihren Projekten. Diese Initiativen werden von Dortmund International koordiniert und in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen der Stadtverwaltung sowie anderen Partnern wie stadteigenen Unternehmen oder NROs durchgeführt. Die Projekte werden gemeinsam verwaltet, um gemeinsame Lösungen zu finden. Im Folgenden wird ein Überblick über diese Projekte gegeben:

- Cluj-Napoca (Rumänien): Energie/Wasser, Technologie, Digitalisierung, lokale innovative Ökosysteme
- Dura (Palästina): Schwerpunkt Abfallentsorgung (mit EDG, städtisches Abfallunternehmen), Sozialarbeit, IT-Ausstattung, medizinische Versorgung durch Austausch mit dem Klinikum Dortmund (dem städtischen Krankenhaus). Weiterer Austausch durch kulturelle Projekte.
- Kumasi (Ghana): Gemeinsame Entwicklung eines stadtweiten Klimaanpassungskonzepts; Erfahrungsaustausch als Universitätsstadt (zwischen Kwame Nkrumah University of Science and Technology und TU Dortmund); Unterstützung von Existenzgründern. Ghana ist auch ein Partnerland des Landes NRW, der ghanaische Honorarkonsul hat sein Büro in Dortmund.
- Dabola (Guinea): Schwerpunkt Abfallentsorgung; Umweltaufklärung.
- Bondo (Kenia): Wassersysteme (Projekt „Jeder Tropfen zählt“ mit dem Weltladen Aplerbek).
- Bolenge (Kongo): Medizinische Versorgung für abgelegenen Dörfern (kirchliche Kooperation).

Dortmund ist an mehreren internationalen Netzwerken beteiligt. Ziel ist es, den Erfahrungsaustausch und den Vergleich von Best-Practice-Beispielen zu ermöglichen und Dortmund in internationale Netzwerke einzubringen. Liste der Netzwerke:

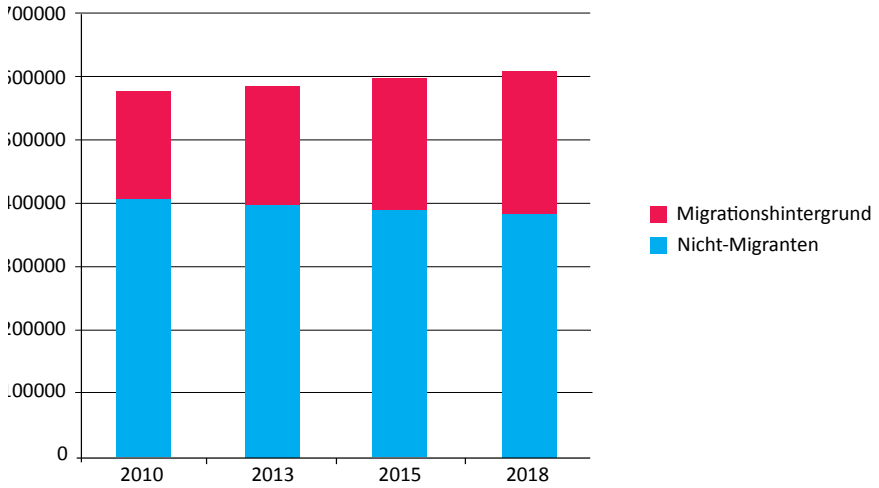
Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) – Deutsche Sektion (RGRE) United Cities and Local Governments (UCLG) (Vereinte Städte und Kommunalverwaltungen) EUROCITIES Vernetzte Städte MC2CM PLATFORMA	Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) Cities for a Nuclear Free Europe (CNFE) (Städte für ein nuklearfreies Europa) Bürgermeister für den Frieden Klimabündnis Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie Europäische Städte für fairen und ethischen Handel iKEN – Netzwerk für Ideen- und Wissensaustausch

5. MIGRATIONS SITUATION IN DORTMUND

ÜBERBLICK: MIGRATIONSTRENDS IN DORTMUND

Die Gesamtbevölkerung Dortmunds ist von 577 000 (2010) auf 603 000 (2018) gestiegen. Mit 34 % hat rund ein Drittel der Bevölkerung einen so genannten Migrationshintergrund. Wie Abb. 2 verdeutlicht, ist der Anstieg auf eine Zunahme der Personen mit Migrationshintergrund um fast 50 000 zurückzuführen, während die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im gleichen Zeitraum um rund 20 000 Personen abgenommen hat. Dies spiegelt die allgemeine demografische Entwicklung in Deutschland wider: Ohne Migration würde die Gesamtbevölkerung in den meisten Regionen zurückgehen.

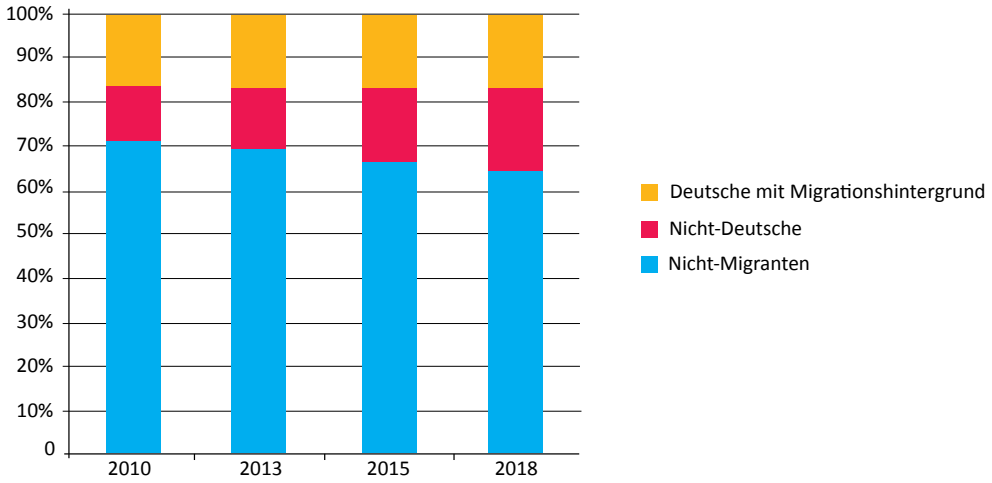
Abb. 2: Dortmunder Bevölkerung nach Migrationshintergrund, 2010–2018



Quellen: dortmunderstatistik

Der Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung abzulesen, der zwischen 2010 und 2018 von 29 auf 36 % gestiegen ist (Abb. 3). Unter den Personen mit Migrationshintergrund ist der Anteil der Nicht-Deutschen von 13 auf 18 % gestiegen. Dies kann auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen in diesem Zeitraum zurückgeführt werden. Der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund blieb mit rund 17 % in etwa konstant.

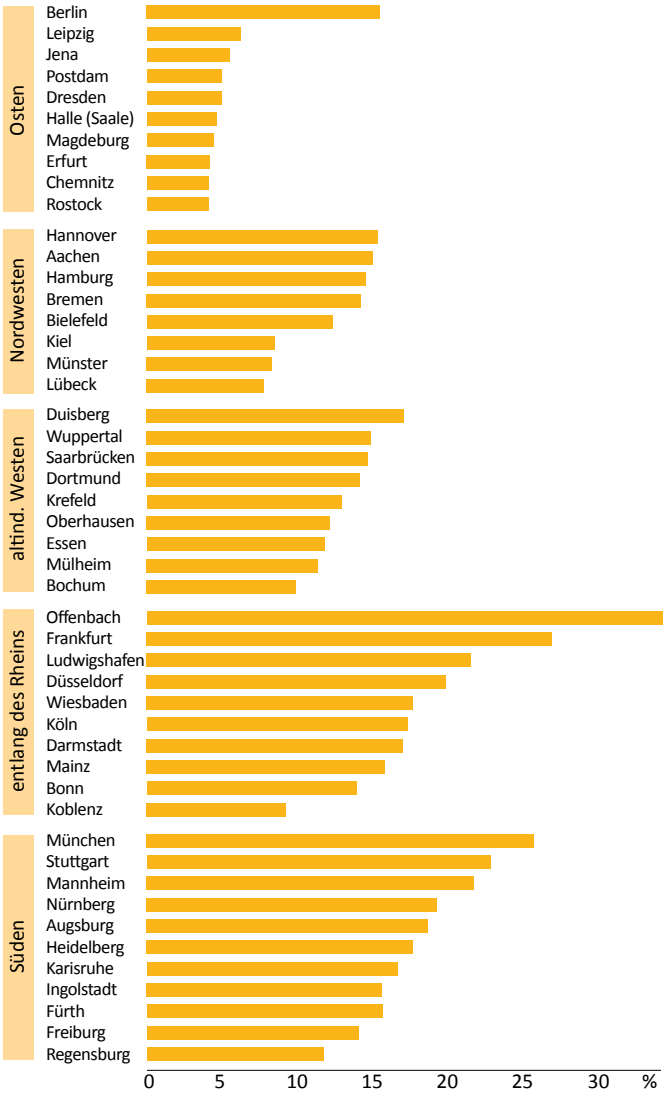
Abb .3: Dortmunder Bevölkerung, Anteil von Migranten und Nicht-Migranten, 2010–2018



Quellen: dortmunderstatistik

Abb. 4 zeigt die regionalen Unterschiede beim Bevölkerungsanteil von Migranten/ Ausländern. Die Städte im Westen Deutschlands haben einen höheren Anteil als die Städte im Osten Deutschlands. Wirtschaftlich dynamischere Städte, insbesondere in Süddeutschland und entlang des Rheins, weisen höhere Anteile auf. In der Gruppe der Städte, die zum altindustriellen Kern Westdeutschlands gehören (drittes Städtebündel, von oben gesehen), liegt Dortmund im Mittelfeld.

Abb.4: Ausländeranteil der Bevölkerung, größte deutsche Städte (2013)



Quelle: BBSR, 2013

Auch in Dortmund führen die zunehmenden transnationalen Verflechtungen durch vielfache Migrationsbewegungen und vielfältige Bindungen an verschiedene Orte zur Entstehung diverser und manchmal umstrittener Stadtviertel.

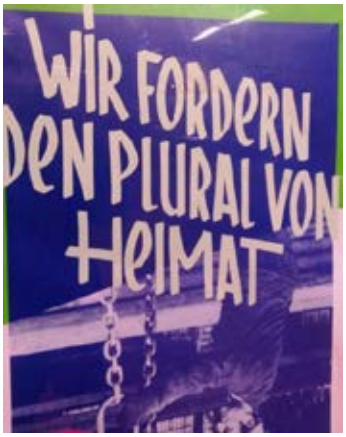
Die Nordstadt ist das prominenteste Migrantenviertel in Dortmund. Obwohl die Nordstadt unmittelbar nördlich des Hauptbahnhofs liegt, ist sie noch weitgehend von der Gentrifizierung verschont geblieben (Swanstrom/Plöger, 2020). Sie ist durch das

Schienennetz, den Dortmunder Hafen und ehemalige Industriegebiete vom Stadtzentrum und den südlich gelegenen, eher bürgerlichen Vierteln abgeschnitten. Als traditionelles Arbeiterviertel in der Nähe der Schwerindustrie hat das Viertel einen hohen Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund. Es weist charakteristische Merkmale eines Ankunftsquartiers auf (Hanhörster et al., 2020).

Abb..5: Nordstadt – Dortmunds größtes Ankunftsquartier

Quelle: ILS

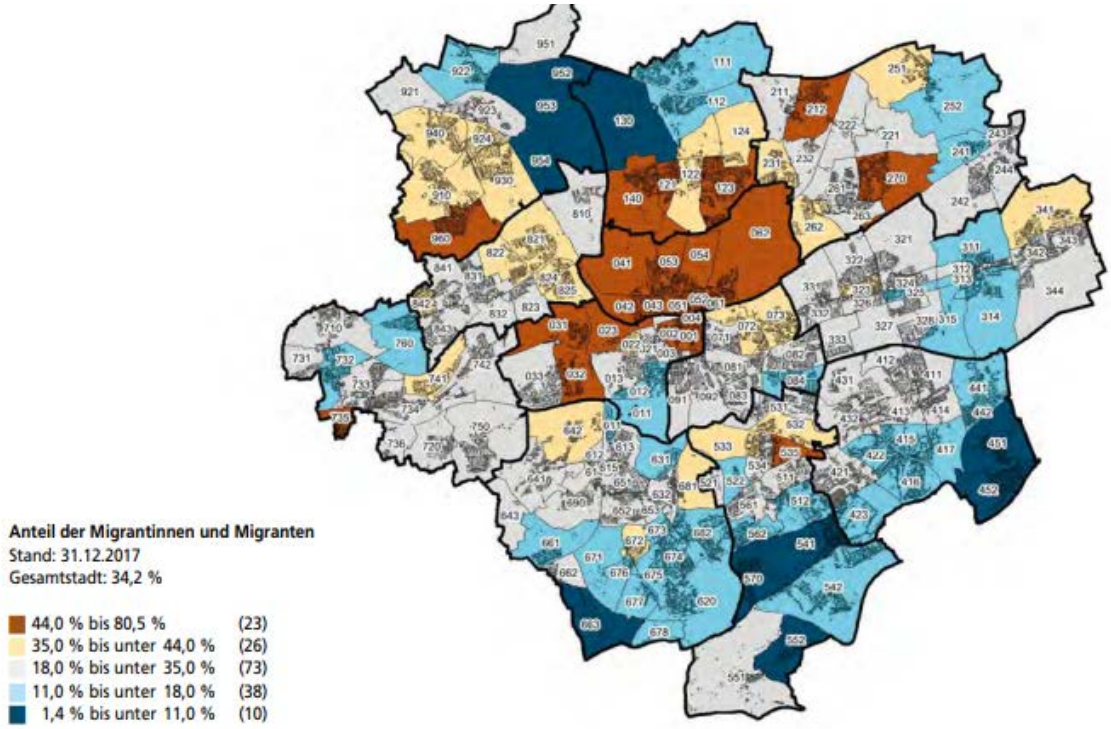
Abb.6: Plural von Heimat (Ausstellungsplakat in Dortmund)



Quelle: J. Plöger

Die Karte (Abb. 7) zeigt den Anteil der Migranten in den statistischen Unterbezirke Dortmunds. Braun gefärbte Stadtteile – die mit traditionellen Dortmunder Arbeitervierteln (z.B. Norstadt, Hörde, Dorstfeld) korrespondieren – haben einen Anteil von über 44 % Migranten (Ausländer und Migrationshintergrund). Dunkelblaue und hellblaue Gebiete sind im Allgemeinen wohlhabender und am Stadtrand gelegen und weisen geringere Anteile auf.

Abb.7: Dortmund: Stadtteilanteile von Migranten, 2017



Quelle: Stadt Dortmund – Amt für Wohnen 2019: 40

2 Die Angaben zur Bevölkerung variieren zwischen dem statistischen Landesamt (Land NRW) und den kommunalen Aufzeichnungen (Stadt Dortmund). Während die allgemeinen Trends und Tendenzen gleichbleiben, weichen die tatsächlichen Zahlen leicht ab. Die NRW-Daten verzeichnen für Dortmund eine etwas geringere Einwohnerzahl.

LOKALE MIGRATIONSDATEN MIGRATIONSWEGE & RECHTSSTATUS

Die Mehrheit der Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit hat eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis, was sowohl die lange Migrationsgeschichte als auch die Tatsache widerspiegelt, dass viele Migranten aus EU-Ländern stammen und damit die gleichen Rechte wie Deutsche haben. Dennoch hat fast ein Drittel aller Nicht-Deutschen einen weniger stabilen Rechtsstatus, vor allem wenn sie nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis besitzen, aber auch, wenn z.B. über Asylverfahren noch nicht entschieden ist.

Abb. 8: Rechtsstatus von Nicht-Deutschen, Dortmund, 2018[2]

Dauerhafte Aufenthaltserlaubnis	77,469
Befristete Aufenthaltserlaubnis	23,040
Geduldet	1,817
Asylbewerber mit Aufenthaltserlaubnis	2,143
Sonstige, unklar	9,593
Nicht-Deutsche Gesamt	114,062

Quelle: Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen 2019: S.20

HAUPTHERKUNFTSLÄNDER

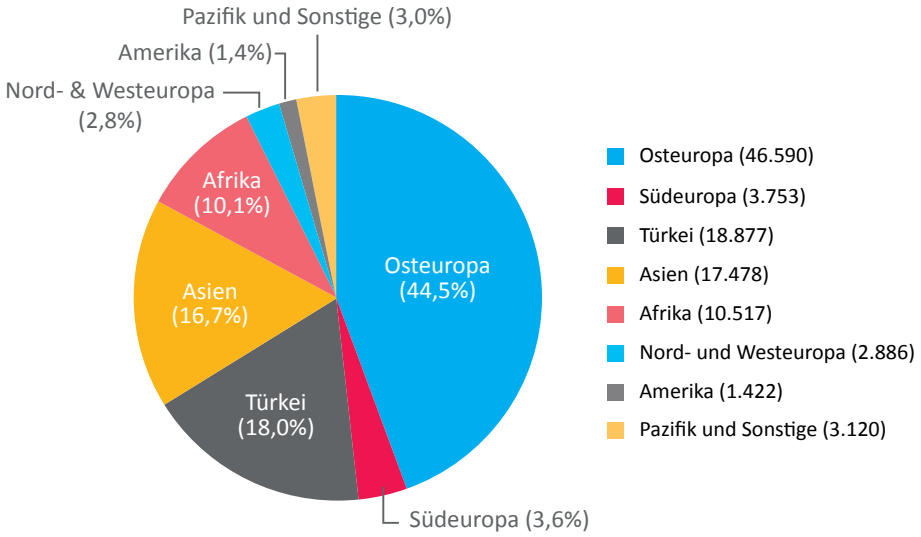
Während die Migrationsbevölkerung immer noch von Migranten und ihren Nachkommen in Verbindung mit *Gastarbeitern* und ihren Familien dominiert wird, kamen seit den 1990er Jahren vielfältigere Migrationsströme in die Stadt.
Mit jeweils 13,3 % und 30,1 % sind die Bevölkerungsanteile der Personen ohne deutschen Pass und der Personen mit Migrationshintergrund typisch für westdeutsche Städte.
Die Dortmunder Bevölkerung besteht heute zu einem Drittel aus Personen mit Migrationshintergrund (35,6 %). Dazu gehören rund 110 000 Ausländer und 105 000 Deutsche mit Migrationshintergrund. In der Gruppe der unter 18-Jährigen liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund bei über 50 % (Stadt Dortmund 2019c: 15). Abb. 10 gibt einen Überblick über die Migranten in Dortmund.
Polen ist aufgrund der Gruppe der *Aussiedler* sowie der Arbeitsmigration seit dem EU-Beitritt Polens das häufigste „Herkunftsland" von Migranten in Dortmund. An zweiter Stelle steht die Türkei, die auch in Dortmund die größte Gruppe von Ausländern stellt. Seit 2014, mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Rahmen des EU-Beitritts, ist auch die Zahl der Migranten aus Rumänien und Bulgarien deutlich gestiegen (z.B. Kurtenbach, 2017). Die zurzeit größte Gruppe von Migranten kommt aus Syrien (fast ausschließlich als Flüchtlinge), ihre Zahl ist von 700 im Jahr 2013 auf 10 000 im Jahr 2019 angestiegen (Stadt Dortmund 2019c: 17).

Abb. 9: Liste der 10 Hauptherkunftsländer der nicht-deutschen Bevölkerung, Dortmund, 2018

HERKUNFTSLAND	Anzahl
Türkei	22,845
Syrien	10,295
Polen	10,110
Rumänien	5,040
Serbien und Montenegro (ehemals)	4,620
Griechenland	4,505
Italien	3,950
Spanien	3,835
Bulgarien	3,510
Marokko	3,465

Quelle: MKFFI NRW, 2019

Abb. 10: Regionale Herkunft der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Dortmund, 2018



Quelle: Stadt Dortmund 2019c: 16; eigene Bearbeitung

Im Jahr 2016 wurden Dortmund nach dem überdurchschnittlich hohen Zuzug von überwiegend Flüchtlingen Migranten über das regionale/nationale Verteilungssystem zugewiesen. Die zehn häufigsten Herkunftsländer waren: Syrien (882), Irak (730), Afghanistan (664), Albanien (232), Kosovo (205), Iran (182), Guinea (160), Serbien (159), Libanon (155) und Nigeria (149). Während die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen aus Kriegs-/Konfliktregionen wie Syrien oder dem Irak Asyl oder eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, sehr hoch ist, ist sie bei Migranten aus der Balkanregion (Albanien, Kosovo, Serbien) gering (BAMF, 2021).

GESCHLECHTERVERTEILUNG

Insgesamt ist die Geschlechterverteilung bei Migranten und Nicht-Migranten relativ ausgeglichen. Während die deutsche Bevölkerung mit 51,6 % einen höheren Anteil an Frauen aufweist (vor allem aufgrund der höheren Lebenserwartung im Alter), sind in der Gruppe der Nicht-Deutschen mit 52,7 % mehr Männer vertreten. Letzteres lässt sich auf den höheren Anteil männlicher Migranten insbesondere in der Gruppe der Flüchtlinge zurückführen. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund hingegen ist der Frauenanteil mit 51,7 % ähnlich hoch wie in der Gruppe der Deutschen ohne Migrationshintergrund (Land NRW, 2020).

ALTERSSTRUKTUR

Abb. 11 zeigt, dass der Anteil der Nicht-Deutschen in allen Altersgruppen von 2013 bis 2018 gestiegen ist. In den jüngeren Altersgruppen ist dieser Anstieg besonders stark ausgeprägt, was auf einen Zuzug jüngerer Migranten sowie auf höhere Geburtenraten bei Migranten insgesamt zurückzuführen ist. Dies spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass 47 % aller Kinder in Dortmunder Kindertagesstätten einen Migrationshintergrund haben.
Darüber hinaus ist zu beachten, dass von den rund 10 000 Flüchtlingen in Dortmund etwa 1 000 unbegleitete Minderjährige sind (Stadt Dortmund, Mitteilung).

Abb. 11: Altersgruppen Deutsche/Nicht-Deutsche, Dortmund, 2013 und 2018

	2013		2018	
Altersgruppen	Nicht-Deutsche (Anteil)	Deutsche	Nicht-Deutsche (Anteil)	Deutsche
0 – unter 3	1 284 (9 %)	13,000	3 309 (19,1 %)	14,012
3 – unter 6	1 311 (9 %)	13,333	3 105 (18,7 %)	13,515
6 – unter 18	7 396 (11,8 %)	55,131	10 735 (16,9 %)	52,953
18 – unter 25	9 745 (19 %)	41,539	13 106 (25,2 %)	38,977
25 – unter 35	17 307 (21,7 %)	62,477	22 968 (26,3 %)	64,323
35 – unter 50	24 041 (19,4 %)	99,871	30 119 (25,9 %)	86,033
50 – unter 65	12 004 (10,1 %)	106,667	15 790 (12,3 %)	112,415
65 – unter 80	7 569 (8,7 %)	79,149	8 754 (10,5 %)	74,736
80 und älter	999 (3,1 %)	30,835	1 835 (4,9 %)	35,881

Quelle: dortmunderstatistik: nr. 213; Jahresbericht 2019: 12

BILDUNGSNIVEAU

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen. Im Schuljahr 2019/2020 waren 23 % der Schülerinnen und Schüler an Dortmunder Grundschulen keine deutschen Staatsbürger, im Vergleich zu 15 % im Land NRW (MKFFI Integrationsmonitoring, 2020)[3]. Das Bildungsniveau von Deutschen und Nicht-Deutschen ist nach wie vor sehr unterschiedlich, was sich später auch in den jeweiligen Arbeitsmarkterfolgen niederschlägt.

Für das gegliederte deutsche öffentliche Schulsystem wird die Bildungsungleichheit anhand des Anteils der Schüler gemessen, die von der Grundschule auf die verschiedenen Stufen der weiterführenden Schulen übergehen. Der Anteil der Deutschen, die auf das Gymnasium wechseln ist weitaus höher als der entsprechende Anteil der Ausländer, nämlich 37 % zu 21 % im Jahr 2019 (ibid.). Interessanterweise ist der Anteil der weiblichen Schüler, die auf das Gymnasium wechseln, in beiden Gruppen höher als der Anteil der männlichen Schüler.

Ein weiterer wichtiger Indikator zur Messung von Bildungsungleichheiten ist die Art des Abschlusses, den die Schüler während ihrer Schulzeit erreichen. In Dortmund verlassen doppelt so viele Nicht-Deutsche (16 %) als Deutsche (8 %) die Schule ohne einen Abschluss. In beiden Gruppen ist der Anteil der männlichen Schüler, die keinen Schulabschluss haben, höher als der Anteil der weiblichen Schüler. Andererseits erreichen fast doppelt so viele Deutsche (43 %) wie Nicht-Deutsche (23 %) den Sekundarschulabschluss, der ihnen ein Studium an höheren Bildungseinrichtungen wie Universitäten ermöglicht (ebd.).

3 http://www.integrationsmonitoring.nrw.de/integrationsberichterstattung_nrw/Integration_kommunal/index.php

WIRTSCHAFTSZWEIGE

Die meisten Erwerbstätigen in Dortmund arbeiten im Dienstleistungssektor (86 %). Nur 14 % sind weiterhin in der Herstellung und im Baugewerbe tätig. Dieser Anteil verdeutlicht, dass die wirtschaftliche Umstrukturierung von einem industriellen zu einem diversifizierten Dienstleistungssektor weit fortgeschritten ist.
Die Arbeitsmarktindikatoren zeigen, dass Nicht-Deutsche mit größerer Wahrscheinlichkeit arbeitslos sind als Deutsche. Während des Wirtschaftswachstums von 2015 bis 2019 ging die Zahl der arbeitslosen Deutschen deutlich zurück, während die Arbeitslosenzahl bei Nicht-Deutschen leicht anstieg.

Abb. 12: Soziale Indikatoren für Deutsche und Nicht-Deutsche (gerundet), Dortmund, 2015 und 2019

	2015	2019
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung am Wohnort		
Gesamt	194,000	216,000
Deutsche	171,000	184,000
Nicht-Deutsche	23,000	32,000
Arbeitslos		
Gesamt	37,000	32,000
Deutsche	26,000	20,000
Nicht-Deutsche	11,000	12,000
Sozialhilfeempfänger		
Gesamt		101,000
Deutsche		60,000
Nicht-Deutsche		41,000

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2019

6. MENSCHENRECHTE VON ZUWANDERERN UND ZUGANG ZU DIENSTLEISTUNGEN IN DORTMUND

VERMITTLER
SPRACHE UND KULTURELLES WISSEN

Im Allgemeinen fördern Sprachkenntnisse die Fähigkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sich mit einem Ort verbunden zu fühlen und einen Arbeitsplatz zu finden. Der Erwerb von Sprachkenntnissen ist daher eine wichtige Voraussetzung, um die Integration von Migranten vor Ort zu fördern. Akteure betonten, dass je mehr Migranten mit Deutschen interagieren, sei es durch Bildung, Arbeit oder Teilhabe am öffentlichen Leben, desto eher haben sie die Möglichkeit, ausreichende Sprachkenntnisse zu erwerben.

Mit dem Zustrom von Flüchtlingen seit 2015 war die Bereitstellung von Sprachkursen und die Suche nach Sprachlehrern eine große Herausforderung, auch weil die Lehrer zunächst nicht längerfristig eingestellt wurden. Dies führte anfangs zu langen Wartelisten.

Auch für Sozialarbeiter und andere Akteure, die vor Ort Informationen für Migranten bereitstellen, ist es einfacher, Kontakt zu denjenigen Migranten aufzunehmen, die zumindest über einige Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen – obwohl in vielen Organisationen auch die Kompetenz, weitere Sprachen wie Arabisch zu sprechen, zugenommen hat. Allgemein berichteten die Akteure auch über einen Altersvorteil: Jüngere Migranten erlernen die Sprache im Allgemeinen schneller und passen sich leichter an ihre neue Umgebung an und kommen erfolgreicher mit Personen außerhalb ihrer ethnischen Gemeinschaft in Kontakt, z. B. durch Bildungseinrichtungen. Jüngeren Migranten und Kindern fällt es leichter, die deutsche Sprache zu erlernen.

Ein großes Problem, auf das die Akteure hinweisen, ist, dass arme Migranten aus Südosteuropa aufgrund ihres Status als EU-Binnenmigranten oft von solchen kostenlosen Kursen ausgeschlossen sind. Die Stadt und eine Reihe von Organisationen, die hauptsächlich in der Nordstadt tätig sind, gehen diese Integrationslücke an, indem sie Sprachkurse und weitere Unterstützung für diese besonders benachteiligten und gefährdeten Gruppen anbieten.

SICHERHEIT & SCHUTZ

Im Allgemeinen ist die persönliche Sicherheit in Dortmund nicht gefährdet. Es gibt jedoch Situationen, insbesondere in einem Viertel der Stadt, in denen es zu offener Feindseligkeit von rechtsgerichteten Gruppen gegenüber Migranten kommen kann. Unter der Leitung des Oberbürgermeisters hat der Stadtrat zusammen mit der Polizei in Dortmund eine stärkere polizeiliche Verfolgung rechtsextremer Aktivitäten eingeleitet, wodurch die Zahl rechtsextremer Vorfälle in der Stadt deutlich zurückgegangen ist. Darüber hinaus zielt eine lokale Initiative „Tag der Solidarität – Kein Schlussstrich“, die deutschlandweit vertreten ist, darauf ab, die Debatten über Rassismus in Dortmund fortzusetzen, das Bewusstsein zu schärfen und Opfer zu unterstützen.

MENSCHENRECHTE UND ZUGANG ZU DIENSTLEISTUNGEN
WOHNEN UND GRUNDVERSORGUNG

Obwohl der Wohnungsmarkt in Dortmund weniger angespannt ist als in anderen deutschen Großstädten, treffen Migranten bei der Suche nach angemessenem Wohnraum auf verschiedenste Herausforderungen. Benachteiligungen auf dem Wohnungsmarkt erfahren alle Migranten unabhängig von ihrem sozialen Status. Dies gilt sowohl für Wohnungsbaugesellschaften als auch für private Wohnungseigentümer, die ihre Wohnungen vermieten. Abgesehen von der Diskriminierung aus ethnischen oder religiösen Gründen fehlt es Migranten oft an Informationen über die Funktionsweise des Wohnungsmarktes. Für Familien mit geringem Einkommen ist es besonders schwierig, eine Wohnung zu finden. In der Nordstadt wurde das Problem der überfüllten, baufälligen Slumwohnungen in der Vergangenheit von den Medien aufgegriffen und wird von den

politischen Entscheidungsträgern immer noch angegangen.

Außerdem sind die Bewohner typischer Migrantenviertel wie der Nordstadt der COVID-19-Pandemie viel stärker ausgesetzt als die Bewohner weniger dicht besiedelter Viertel mit größeren Wohneinheiten und mehr Freiflächen. Die Inzidenzraten in der Nordstadt während der verschiedenen Wellen der Pandemie lagen weit über den durchschnittlichen Inzidenzraten für die Stadt insgesamt.

BILDUNG UND BERUFSAUSBILDUNG

Die meisten Migranten dürfen in Deutschland eine Ausbildung absolvieren. Dies ermöglicht den Erwerb von anerkannten Ausbildungszertifikaten. Mehrere Projekte der Stadtverwaltung und von Projektkoordinatoren wie NROs unterstützen diese Ausbildung für den Arbeitsmarkt. Dazu gehören Unterstützung bei der Suche nach Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, Bewerbungstraining, Berufsorientierung, Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Jobbörsen. Nach Angaben eines Stadtvertreters haben bisher 1 500 junge Migranten von diesen Programmen seit ihrer Einrichtung im Jahr 2015 profitiert.

ERWERBSTÄTIGKEIT UND SELBSTSTÄNDIGKEIT

Im Kontext einer allgemein recht starken Wirtschaft (zumindest vor COVID 19) ist der Arbeitsmarkt wahrscheinlich der bedeutendste Integrationsfaktor in Deutschland.
Dortmund hat sich zum Beispiel zu einem wichtigen Logistikzentrum in Westdeutschland und darüber hinaus entwickelt. Große Logistikunternehmen haben auf brachliegenden Flächen, die früher von Stahlwerken und anderen Industrien genutzt wurden, Lagerhallen und andere Einrichtungen gebaut. Unternehmen wie Amazon, DHL oder Decathlon haben im Niedriglohnsegment des Dienstleistungssektors zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Im Allgemeinen haben größere Arbeitgeber früher mit der Einstellung von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund begonnen und sind im Hinblick auf eine größere Vielfalt in der Belegschaft weiter fortgeschritten.
Ein weiterer wichtiger Sektor für die Beschäftigung von Migranten ist der Pflegesektor, was auf die alternde Bevölkerung in Deutschland sowie darauf zurückzuführen ist, dass die Beschäftigung in diesem Sektor für deutsche Arbeitnehmer aufgrund der hohen Arbeitsbelastung und der relativ niedrigen Löhne oft weniger attraktiv ist.
Viele Arbeitgeber haben damit begonnen, Flüchtlinge zu beschäftigen und zu sponsern. Erleichtert wurde dies durch die Tatsache, dass es Flüchtlingen – anders als früher – erlaubt ist, in Deutschland eine Arbeit aufzunehmen, sowie durch eine anfänglich grundsätzliche Bereitschaft freiwillig die große Zahl der in den Jahren 2015 und 2016 ankommenden Flüchtlinge zu unterstützen.
In jüngster Zeit hat die COVID-19-Pandemie jedoch die Arbeitsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor eingeschränkt. Aufgrund prekärer oder informeller Beschäftigungsverhältnisse konnten viele dieser Arbeitsmigranten bei Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung nicht auf die Sozialversicherung zurückgreifen.

GESUNDHEIT UND WOHLBEFINDEN

Ein großer Teil der in Dortmund angekommenen Flüchtlinge kommt aus Gebieten mit anhaltenden bewaffneten Konflikten wie Syrien, Irak oder Afghanistan. Mehrere Wohlfahrtsverbände und Migrantenorganisationen setzen Sozialarbeiter und Psychologen ein, um die individuellen Traumata der betroffenen Flüchtlinge zu behandeln. Ein NRO-Befragter gab an, dass psychische Traumata und der Bedarf an Betreuung unterschätzt werden. Er schätzte, dass von den 10 000 kürzlich in Dortmund untergebrachten Flüchtlingen etwa 40 % psychologische Hilfe benötigen. Eine Sozialarbeiterin einer Migrantenorganisation betonte die Bedeutung von Bildung für die Überwindung dieser

Traumata. Sie erklärte anhand des Beispiels eines afghanischen Jugendlichen, der im Alter von 14 Jahren von seiner Familie getrennt wurde, in der Türkei arbeiten musste, um Geld aufzutreiben, und dann „durch die Hölle [des Flüchtlingslagers in] Lesbos“ ging, dass vor allem zu Beginn Unterstützung benötigt wird, damit diese Flüchtlinge überhaupt erst „ankommen“ können. Andere Befragte betonten, dass die Verletzlichkeit auch mit gesundheitlichen Problemen zusammenhängt. Zusätzlich zu den Strapazen der Flucht aus ihren Heimatländern wird der Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung manchmal durch Sprachbarrieren behindert.

SOZIALE UND POLITISCHE INKLUSION
POLITISCHE PARTIZIPATION & INKLUSION IN LOKALE ENTSCHEIDUNGSPROZESSE

In Dortmund haben alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, die Mitglieder des *Integrationsrates* der Stadt zu wählen. Dieses Gremium vertritt in der Stadtverwaltung die Interessen aller Bürger mit Migrationshintergrund.
EU-Passinhaber, die in Deutschland gemeldet sind, haben das Recht, an Kommunalwahlen teilzunehmen. Somit stehen EU-Bürgern Rechte der politischen Partizipation zu, während Drittstaatsangehörige (Nicht-EU-Bürger) davon ausgeschlossen sind.
Darüber hinaus sind viele der Schlüsselpositionen für Migrations- und Integrationsfragen in der Stadtverwaltung und bei den wichtigsten NROs bereits mit Vertretern mit Migrationshintergrund besetzt.

SOZIALE INKLUSION UND ZUSAMMENHALT

Der Zugriff auf Ressourcen ist ein wichtiger Faktor beim Aufbau der Beziehungen zwischen Migranten und der lokalen Bevölkerung. Ein tatsächlicher oder vermeintlicher Mangel an Ressourcen wie Wohnraum, Ausbildung, Arbeitsplätzen oder Dienstleistungen kann zu lokalen Konflikten führen.

Die Mehrheit der Akteure bestätigt, dass Migranten und Einheimische überwiegend in „friedlicher Koexistenz“ leben, aber nicht unbedingt in einem „Miteinander“. Einige kritisierten jedoch das Fehlen von sinnvolleren sozialen Interaktionen über alltägliche Begegnungen hinaus. Zur Auseinandersetzung mit dem „Umgang mit Differenz“ verwenden Meissner und Heil (2020) das Konzept der „konvivialen Desintegration“, das Beziehungspraktiken, Machtasymmetrien und Materialitäten berücksichtigt.

Alltägliche Begegnungen und Interaktionen zwischen Migranten und der einheimischen Bevölkerung sind wichtige Bestandteile des Integrationsprozesses (sofern sie nicht negativ sind). Bei den Migranten wird erwartet, dass solche Interaktionen ihr Zugehörigkeitsgefühl stärken und ihre Partizipation fördern. Auf Seiten der einheimischen Bevölkerung können dadurch Vorurteile (oder sogar Feindseligkeit) gegenüber Migranten abgebaut werden, die oft auf mangelnden Kontakt, kulturelle Distanz oder Angst vor Konkurrenz zurückzuführen sind. Mehrere Initiativen und Organisationen fördern die Einrichtung von Begegnungsstätten in der Stadt.

Die COVID-19-Pandemie und die auferlegten Beschränkungen haben die Nutzungsmöglichkeiten solcher Einrichtungen und Begegnungsmöglichkeiten natürlich erheblich eingeschränkt. Abgesehen davon, dass das Risiko einer Ansteckung mit dem Virus höher ist, leben ethnische Minderheiten und Migranten oft in engeren Wohnverhältnissen und sind daher stärker auf öffentliche Räume angewiesen. Während des pandemiebedingten Lockdowns wurde das Verhalten junger Menschen zum Gegenstand lokaler Diskussionen über die Nutzung des öffentlichen Raums. Oft sind diese Diskussionen mit einer stigmatisierenden Konnotation behaftet.

SCHUTZ VOR DISKRIMINIERUNG

Die Stadt Dortmund hat erhebliche Anstrengungen im Hinblick auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung unternommen, in der Migranten nach wie vor unterrepräsentiert sind. Die interkulturelle Öffnung ist ein Schwerpunkt des Integrationsmasterplans Migration/Integration. Die Stadt hat inzwischen die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet und ihre Bemühungen in dieser Hinsicht verstärkt. Dazu gehören beispielsweise Bemühungen, die Zahl der Beschäftigten und Auszubildenden mit Migrationshintergrund zu erhöhen und interkulturelle Aspekte bei der Mitarbeiterschulung zu berücksichtigen und so Barrieren für Kunden mit Migrationshintergrund abzubauen.

Dennoch wurde von vielen Beispielen berichtet, in denen Migrantinnen und Migranten diskriminiert wurden, zum Beispiel aufgrund ihrer Religion oder Hautfarbe. Häufig geschah dies im Umgang mit Behörden wie der Ausländerbehörde oder der Polizei. Besonders negativ waren die Erfahrungen bei der kommunalen Ausländerbehörde, bei der sich jeder Nicht-Deutsche anmelden muss – das Personal wurde als gleichgültig gegenüber individuellen Situationen, unhöflich und die Verfahren als zu bürokratisch empfunden.

BERICHTE ÜBER MIGRATION UND INTEGRATION

Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber Zuwanderern

Im Allgemeinen hat sich die Einstellung gegenüber Migranten nach den Flüchtlingsankünften von 2015/2016 nicht wesentlich verändert. Wie anderswo in Deutschland erlebte auch Dortmund seit 2015 ein Moment der Solidarität und einen Anstieg des ehrenamtlichen Engagements. Ein Befragter befürwortete zwar die Integration von Migranten, sprach sich aber auch für eine stärkere Migrationskontrolle aus und machte die Migranten für die Integration verantwortlich: „Die Gesellschaft sollte offen sein, aber wir haben auch das Recht zu kontrollieren, wer kommt, und wenn sie sich bemühen und sich entsprechend verhalten, so dass sie in die Gemeinschaft passen, dann müssen wir sie auch akzeptieren.“ Die Akteure beobachteten jedoch auch einen sukzessiven Wandel in der Einstellung der Öffentlichkeit und eine zunehmende Offenheit gegenüber der Vielfalt in der Gesellschaft. Während der offene Rassismus abgenommen hat, sind andere, subtilere Formen der Diskriminierung jedoch immer noch wahrnehmbar.

Öffentliche Einschätzung der Migrations- und Integrationspolitik

Dieser Punkt stimmt mit der allgemeinen Situation in Deutschland überein. Migration war das wichtigste Thema politischer Debatten auf dem Höhepunkt der Flüchtlingsankünfte und wurde dann auch von rechtspopulistischen Parteien instrumentalisiert, allen voran der AfD, die danach ihren Stimmenanteil bei Bundes- und Landtagswahlen steigern konnte. Spätestens seit der COVID-19-Pandemie, die auch zu einem Rückgang der Zuwanderung nach Deutschland geführt hat, steht das Thema nicht mehr im Mittelpunkt. Auf lokaler Ebene ist die Integration in Dortmund nach wie vor ein wichtiges Thema.

Wahrnehmungen der Zuwanderer

Die Akteure berichteten, dass der Zugang zu Ressourcen wie Arbeitsplätzen, Wohnraum oder Dienstleistungen manchmal nicht nur zwischen Einheimischen und Neuzuwanderern, sondern auch zwischen etablierteren Zuwanderern und Neuzuwanderern umstritten ist, insbesondere wenn beide Gruppen einen niedrigeren sozialen Status haben. Der starke Zuzug von armen Familien aus Südosteuropa, darunter viele Roma, hat in der Nordstadt zu lokalen Konflikten geführt, die häufig im öffentlichen Raum ausgetragen werden. Ein anderer Akteur einer NRO berichtete von zunehmenden Feindseligkeiten der zweiten oder dritten Generation von Gastarbeiterfamilien gegenüber Flüchtlingen, die angeblich sehr viel Unterstützung bekämen. Ein weiterer Konfliktpunkt ist das Alter:

Ältere Migranten fürchten mitunter um ihren eigenen Status angesichts der zunehmend durch Medienberichterstattung begleiteten Ereignisse, wie z. B. die Vorfälle rund um die Kölner Silvesterkrawalle.

7. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND ÜBERLEGUNGEN

Die Stadt Dortmund ist für die Forschung im Bereich Migration und Integration interessant. Sie blickt auf eine lange Migrationsgeschichte mit einer Vielfalt von Migranten zurück, die in unterschiedlichen historischen, wirtschaftlichen und politischen Kontexten eintrafen. Aufgrund dieser Erfahrungen verfügt die Stadt über eine dichte und etablierte Verwaltungsstruktur mit verschiedenen Akteuren, die in den Bereichen Migration und Integration tätig sind. Aus diesem Grund können die politischen Ansätze und spezifischen Programme, die in Dortmund umgesetzt wurden, für andere Städte in Europa und darüber hinaus sowie für andere Städte, die am MC2CM-Projekt beteiligt sind, aufschlussreich sein.
Im Hinblick auf die aktuellen Prioritäten und basierend auf der Fallstudienforschung in Dortmund scheinen die folgenden fünf Bereiche die wichtigsten zu sein:

Identifizierung von Zielgruppen: Spätestens seit 2015 sind insbesondere Flüchtlinge eine wichtige Zielgruppe für Maßnahmen und Projekte. Doch in Dortmund wurde diese Gruppe, obwohl sie zahlenmäßig stark vertreten ist, von der Mehrheit der Befragten nicht als diejenige angesehen, die am dringendsten Unterstützungsinfrastrukturen benötigt. Vielmehr wurden arme Migranten aus der EU und insbesondere aus Südosteuropa als die Gruppe angesehen, die aufgrund ihrer prekären Situation wegen ihres niedrigen sozioökonomischen Status und ihres beschränkten Zugangs zu sozialen Diensten am dringendsten Unterstützung benötigt. So können auch Migranten, die ansonsten von den Mobilitätsrechten profitieren, von einer gewissen Verletzlichkeit betroffen sein.

Strategischer Ansatz: Das derzeitige Netzwerk von Akteuren, das bereits recht gut etabliert ist und auf starken Verbindungen zwischen verschiedenen Interessengruppen beruht, muss sicherstellen, dass künftige Herausforderungen im Hinblick auf die Gefährdung von Migranten angegangen werden können. Das Gesamtkonzept für Migration und Integration muss daher die richtige Mischung aus eher offiziellen/etablierten und Bürgerinitiativen gewährleisten. Letztere ermöglichen die Entwicklung von Ansätzen, die den speziellen Bedürfnissen der verschiedenen Migrantengruppen entsprechen. Dazu gehört auch die Wertschätzung der lokalen Kenntnisse von Akteuren „vor Ort“, wie z. B. NROs.

Fokussierung der Integrationsmaßnahmen: Bildung und Beschäftigung sind zwei Schlüsselbereiche zur erfolgreichen Integration von Migranten. Bisher haben die wirtschaftliche Stabilität in Deutschland und ein relativ starker Arbeitsmarkt auch den Migranten den Zugang ermöglicht. Der Zugang zu Arbeit und Bildung ist jedoch immer noch sehr stark nach dem sozialen Status differenziert, der oft mit dem Migrationshintergrund zusammenhängt, so dass Migranten nach wie vor überproportional häufig in schlechter bezahlte, weniger sichere Arbeitsplätze gedrängt werden.

Inklusion in städtischen Gesellschaften: Mit der Zunahme populistischer, rechtsgerichteter politischer Bewegungen verbreiten sich Migrantenfeindlichkeit in den europäischen Gesellschaften immer weiter. In Regionen mit einer schwächeren Wirtschaft und höherer Arbeitslosigkeit, z. B. in Regionen, die eine tiefgreifende wirtschaftliche Umstrukturierung durchlaufen, ist der Zugang zu Ressourcen wie Arbeit, Bildung und Dienstleistungen daher möglicherweise stärker umstritten. Daher ist die Suche nach Möglichkeiten zur Förderung einer vielfältigen Stadtgesellschaft eine wichtige Aufgabe. Solche integrativen Ansätze können beispielsweise die Förderung des interkulturellen Dialogs, die Schaffung von Begegnungsstätten, die Öffnung von Institutionen und die Bereitstellung gezielter Kommunikationskanäle umfassen.

Ankunftsquartier(e): Stadtentwicklungskonzepte in Deutschland tendieren dazu, das Ideal der sozialen Vielfalt zu fördern, um eine hohe Segregation der sozialen Gruppen zu vermeiden. Diese Strategien haben ihren Ursprung in der Sorge vor der Entstehung von so genannten Migrantenenklaven oder gar Ghettos, wie sie in früheren Zeiten. Die Akteure weisen aber auch darauf hin, dass typische Ankunftsquartiere für Migranten wie die Dortmunder Nordstadt durch das dichte Netz von Akteuren und etablierten Infrastrukturen und Dienstleistungen wichtige Funktionen für die Stadt als Ganzes erfüllen. Die Anerkennung nicht nur der sozialen Probleme, sondern auch des sozialen Potenzials solcher Gebiete und

die Unterstützung dieser Gebiete kann ein vielversprechender Weg nach vorn sein.

Geschlechtsspezifische Vorurteile: Auch das Geschlecht hat einen Einfluss auf die Bildung lokaler sozialer Netzwerke. Dies wird teilweise auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und kulturelle Werte zurückgeführt. Akteure wiesen darauf hin, dass Frauen häufiger zu Hause bleiben, weil sie Pflege- und Hausarbeiten verrichten, wodurch sie seltener mit Einheimischen in Kontakt kommen als Männer und Kinder. Außerdem sind Frauen in Bildungsprogrammen, Sprachkursen und Integrationsdiensten unterrepräsentiert und für Organisationen oft schwieriger zu erreichen.

PRIORITÄTEN DER STADT

Was die Prioritäten betrifft, so lassen sich fünf Bereiche hervorheben, die für politische Entscheidungsträger und Praktiker von Bedeutung sind. Für jeden dieser Bereiche wird erläutert, warum er von Bedeutung ist, welches die größten Herausforderungen sind und welche Ansätze zur Bewältigung dieser Herausforderungen beitragen können. Die Prioritäten (1) und (2) befassen sich mit strategischen Ansätzen; die übrigen Prioritäten (3) bis (5) beziehen sich auf spezifische Integrationsthemen wie den Arbeitsmarkt, die Förderung integrativer Stadtgesellschaften und den Wohnungsbau.

(1) Identifizierung von Zielgruppen

Spätestens seit 2015 sind Flüchtlinge in allen deutschen Kommunen zu einer wichtigen Zielgruppe für Maßnahmen und Projekte geworden. Die meisten Akteure gaben jedoch an, dass diese zahlenmäßig zwar beträchtliche Gruppe mit der Zeit von armen Migranten aus der EU und insbesondere aus Südosteuropa verdrängt wurde. Während die erstgenannte Gruppe Zugang zu Wohlfahrtsdiensten und Unterstützungsinfrastrukturen hat, ist die letztgenannte Gruppe häufig davon ausgeschlossen. Die Lebensbedingungen dieser armen Migranten sind häufig prekär aufgrund ihres niedrigen sozioökonomischen Status und dem mangelnden Zugang zu den meisten Sozialleistungen. Dies macht deutlich, dass Migranten, die ansonsten von den EU-Mobilitätsrechten profitieren, von einer gewissen Verletzlichkeit betroffen sein können.

Die Stadt Dortmund reagierte strategisch und koordiniert auf die Herausforderungen, die mit dieser Form der Migration verbunden sind. Die Maßnahmen stützen sich auf ein umfassendes Netzwerk, das sowohl die Stadtverwaltung als auch mehrere größere Nichtregierungsorganisationen in den Bereichen Sozialhilfe und Integration von Migranten umfasst.

Die wichtigste Erkenntnis ist, dass Strukturen gefunden werden müssen, die es ermöglichen, dass Expertenwissen „vor Ort“ in die stadtweite Entscheidungsfindung mit einbezogen wird. Dazu gehört die richtige Kombination aus offiziellen/etablierten und Bürgerinitiativen und der Aufbau von Netzwerken zwischen den Akteuren, um die Bemühungen und Ansätze zu koordinieren und Synergien zu nutzen. Auf diese Weise wird die Arbeit lokaler Akteure wie NRO (d. h. Wohlfahrts- und Migrantenorganisationen) anerkannt. Dies erleichtert den Wissensaustausch zwischen Praktikern und politischen Entscheidungsträgern und ermöglicht die Ermittlung geeigneter Ansätze, die auf die spezifischen Bedürfnisse der verschiedenen Migrantengruppen zugeschnitten sind.

(2) Neubewertung von Migrantenvierteln

Stadtentwicklungskonzepte in Deutschland tendieren dazu, das Ideal der sozialen Vielfalt zu fördern, um eine hohe sozialräumliche Segregation der sozialen Statusgruppen zu vermeiden. Diese Strategien haben ihren Ursprung in der Besorgnis über die Entstehung von Parallelgesellschaften oder gar Ghettos, wie sie in früheren Debatten genannt wurden, sowie in einer Überlastung der Sozialdienste in diesen Gebieten. Mit zunehmender Kenntnis über Integrationsprozesse und die Funktionen spezifischer Stadtviertel wird diese Logik nun in Frage gestellt.

Wissenschaftler und Praktiker weisen zunehmend auf die stadtweiten Funktionen hin, die solche Ankunftsquartiere für Migranten erfüllen. Auch Dortmund hat einen Stadtteil, der die Merkmale solcher „Ankunftsquartiere“ aufweist. Er beherbergt ein etabliertes

Netzwerk von Organisationen, Infrastrukturen und Dienstleistungen für Migranten. Aufbauend auf Punkt (1) ist es bei Ansätzen zur Bewältigung von Herausforderungen innerhalb einer Stadt immer hilfreich, auf bereits bestehenden Netzwerken und Unterstützungsinfrastrukturen aufzubauen, insbesondere auf Organisationen, die täglich mit Migranten zu tun haben und somit ihre täglichen Bedürfnisse und Probleme hautnah miterleben. Solche Ansätze berücksichtigen nicht nur die bestehenden sozioökonomischen Probleme, sondern weisen auch auf den potenziell gesellschaftsverändernden Charakter solcher Gebiete hin. Erstens geht es darum, die zugrunde liegenden diskriminierenden Praktiken und strukturellen Barrieren anzugehen, die die sozialräumliche Struktur einer bestimmten Stadt erklären. Zweitens erfordert es eine Abkehr von stigmatisierenden Diskussionen über solche Stadtteile.

(3) Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt

Bildung und Beschäftigung sind zwei Schlüsselbereiche zur erfolgreichen Integration von Migranten. Bisher haben die wirtschaftliche Stabilität in Deutschland und ein relativ starker Arbeitsmarkt auch den Migranten den Zugang ermöglicht. In Dortmund wie auch anderswo in Deutschland bedeutet der anhaltende demografische Wandel, dass der Bedarf an Arbeitskräften in vielen Wirtschaftsbereichen nicht gedeckt werden kann. Viele Arbeitgeber, die sowohl in gering als auch in hoch qualifizierten Berufen Arbeitskräfte suchen, sind daher dazu übergegangen, Migranten anzuwerben und zu beschäftigen. Um der Vielfalt der Belegschaften gerecht zu werden, wurden interkulturelle Ansätze übernommen. Angesichts des anhaltenden demografischen Wandels wird sich dieser Prozess in Zukunft wahrscheinlich fortsetzen.

Dennoch bleiben einige Herausforderungen. Der Zugang zu Arbeit und Bildung ist jedoch immer noch sehr stark nach dem sozialen Status und niedrigeren Schulabschlüssen differenziert, was oft mit dem Migrationshintergrund zusammenhängt, so dass Migranten nach wie vor überproportional häufig in schlechter bezahlte, weniger sichere Arbeitsplätze gedrängt werden. Darüber hinaus zeigen Studien, wie Bewerber mit Migrationshintergrund bei Einstellungsverfahren diskriminiert werden.

(4) Inklusion in städtischen Gesellschaften

Mit der Zunahme populistischer, rechtsgerichteter politischer Bewegungen verbreiten sich Migrantenfeindlichkeit in den europäischen Gesellschaften immer weiter. In Regionen mit einer schwächeren Wirtschaft und höherer Arbeitslosigkeit, z. B. in Regionen, die eine tiefgreifende wirtschaftliche Umstrukturierung durchlaufen, ist der Zugang zu Ressourcen wie Arbeit, Bildung und Dienstleistungen daher möglicherweise stärker umstritten. Daher ist die Suche nach Möglichkeiten zur Förderung einer vielfältigen Stadtgesellschaft eine wichtige Aufgabe.

Städte können mit einer Reihe unterschiedlicher integrativer Ansätze auf solche Herausforderungen reagieren. In Dortmund gehört dazu die Förderung des interkulturellen Dialogs. Die Stadt selbst hat z. B. ihre Bemühungen um die Diversifizierung ihrer Belegschaft in den Mittelpunkt gestellt und unterstützt interkulturelle Schulungen. Darüber hinaus werden Bereiche (offline/online) benötigt, die Begegnungen zwischen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund erleichtern. Gegenwärtig ist dies natürlich ein großes Problem, da die Einschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie solche Begegnungen erschweren. Dies unterstreicht auch den Bedarf an gezielten Kommunikationskanälen in verschiedenen Sprachen, um diverse Gemeinschaften zu erreichen. Und natürlich ist die politische Führung wichtig für die Umsetzung solcher Maßnahmen.

(5) Wohnen

Dortmund hat, wie fast alle größeren deutschen Städte, den Bevölkerungsrückgang seit Anfang 2010 wieder ausgeglichen. Wie überall ist es auch in Dortmund schwieriger geworden, angemessenen Wohnraum zu finden, und sowohl die Mieten als auch die Immobilienpreise sind erheblich gestiegen. Die Leerstandsquote ist daher auch in nicht so guten Stadtteilen gering. Die Mehrheit der Einwohner in deutschen Städten ist nach wie vor Mieter und nicht Eigentümer von Immobilien. In Dortmund wohnen 70 Prozent zur Miete und nur 30 Prozent im eigenen Heim, und in den dichter besiedelten, zentraler gelegenen Stadtteilen ist der Anteil der Mieter noch höher.

Für Migranten ist die Knappheit an angemessenem Wohnraum noch ausgeprägter. Bei der Suche nach angemessenem Wohnraum stehen sie vor einer Vielzahl von Herausforderungen. Benachteiligungen auf dem Wohnungsmarkt erfahren alle Migranten unabhängig von ihrem sozialen Status. Dies gilt sowohl für Wohnungsbaugesellschaften als auch für private Wohnungseigentümer, die ihre Wohnungen vermieten. Abgesehen von der Diskriminierung aus ethnischen oder religiösen Gründen fehlt es Migranten oft an Informationen über die Funktionsweise des Wohnungsmarktes. Für Familien mit geringem Einkommen ist es besonders schwierig, eine Wohnung zu finden. Vor allem Migranten mit niedrigem sozialem Status können die Herausforderung der Wohnungssuche manchmal nur auf informelle Weise bewältigen (z. B. unangemeldete Untervermietung, Überbelegung). Für einige innerstädtische Viertel wurde das Problem der überfüllten, baufälligen Slumwohnungen in der Vergangenheit in den Medien aufgegriffen und wird von den politischen Entscheidungsträgern als Aufgabenbereich erkannt.
Außerdem sind die Bewohner typischer Migrantenviertel der COVID-19-Pandemie viel stärker ausgesetzt als die Bewohner weniger dicht besiedelter Viertel mit größeren Wohneinheiten und mehr Freiflächen. Während der Pandemie lagen die Inzidenzraten in diesen Gebieten weit über dem Durchschnitt der gesamten Stadt.

8. QUELLEN

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): Das Bundesamt und seine Aufgaben Kompetenzzentrum für Asyl, Migration und Integration https://www.bamf.de/DE/Behoerde/Aufgaben/aufgaben-node.html (19 Nov. 2021)

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2020): Migrationsbericht der Bundesregierung. Migrationsbericht 2018. Nürnberg. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2018.pdf?__blob=publicationFile&v=7#page=41 (19 Nov. 2021).

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2021): Das Bundesamt in Zahlen 2020. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/BundesamtinZahlen/bundesamt-in-zahlen-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (19 Nov. 2021)

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2019): Deutschland kann Integration: Potenziale fördern, Integration fordern, Zusammenhalt stärken. 12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (eds.). Berlin. https://www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/72490/1699390/478a6d7d9cd3fc2c18131ebfcfef3dac/lagebericht-12-data.pdf (20.03.2020).

Die Beauftrage der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (o.J.): Amt und Aufgaben. https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/amt-und-aufgaben (29.10.2020).

Bertelsmann Stiftung (2019): Integration und Migration: Viel geschafft, viel zu tun. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/mai/integration-und-migration-viel-geschafft-viel-zu-tun (Accessed 20.08.2020).

Brücker, Herbert; Kosyakova, Y.; Villizahdeh, Ehsan (2020): Hat es eine „Flüchtlingskrise“ gegeben? Neue Erkenntnisse über die jüngste Einwanderung von Geflüchteten nach Deutschland und deren Integrationsperspektiven. In: Soziale Welt, 1-2/2020, 24-53.

Brücker, Herbert; Hauptmann, Andreas; Jaschke, Philipp (2020): Beschränkungen der Wohnortwahl für anerkannte Geflüchtete: Wohnsitzauflagen reduzieren die Chancen auf Arbeitsmarktintegration. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Hanhörster, Heike; Gerten, Christian; Hans, Nils; Liebig, Simon (2020): Ankunftsquartiere – Identifizierung und Funktionsbestimmung. ILS-Trends 2/20.

BA - Bundesagentur für Arbeit (2019): Arbeitsmarkt kommunal (Jahresbericht 2019) https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?topic_f=amk&r_f=nw_Dortmund (02.11.2020).

BpB - Bundeszentrale für politische Bildung (2015): Rette sich, wer kann? Flüchtlingspolitik im Föderalismus. https://www.bpb.de/apuz/208005/fluechtlingspolitik-im-foederalismus (2.11.2020).

Deutscher Bundestag (2018): Zulässigkeit eines Landesamtes für Asyl und Abschiebung. https://www.bundestag.de/resource/blob/550334/5d69e4be19617f3000d0dc75428aa031/WD-3-034-18-pdf-data.pdf (29.10.2020).

El-Kayed, Nihad; Hamann, Ulrike (2018): Refugees’ Access to Housing and Residency in German Cities: Internal Border Regimes and Their Local Variations. *Social Inclusion*, 6(1), 135-146.

Herfert, Günter; Osterhage, Frank (2012): Wohnen in der Stadt: Gibt es eine Trendwende zur Reurbanisierung? Ein quantitativ-analytischer Ansatz. In: Brake, Klaus; Herfert, Günter (eds.): Reurbanisierung – Materialität und Diskurs in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 86-112.

ILS Institut für Landes-und Stadtentwicklungsforschung (eds.): (2016): Gelingende Integration im Quartier. Gutachten im Auftrag des Ministeriumsfür Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Dortmund.

IOM in Deutschland-DE (o.J.): Die IOM in Deutschland. http://germany.iom.int/de/iom-deutschland-de (02.11.2020).

Kurtenbach, Sebastian (2017): Arrival areas as places of integratio: a systematic view of specific neighbourhoods with regard to migration from Romania and Bulagaria to Germany. In: Smagacz-Poziemska, Marta; Frysztacki, K.; Bukowski, A. (eds.): CITY Municipality and Urbanity Today from a Sociological Perspective. Krakow: Jagiellonian University Press, 266-282.
Land Nordrhein-Westfalen – Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (2020): Integrationsprofil Dortmund. Daten zur Zuwanderung und Integration. 07/2020

Meissner, Fran; Heil, Tilman (2020): Deromanticising integration: On the importance of convivial disintegration. In: Migration Studies, DOI: 10.1093/migration/mnz056 (Open Access).

Der Paritätische Gesamtverband (2016): Grundlagen des Asylverfahrens – Eine Arbeitshilfe für Beraterinnen und Berater. 4. überarbeitete Auflage.

Plöger, Jörg; Dittrich-Wesbuer, Andrea (2018): Multiple Ortsbezüge – Hochmobile Beschäftigte als Zielgruppe der Stadtpolitik? ILS-Trends, 3/18.

Reichwein, Alfred; Vogel, Stephanie (2004): Integrationsarbeit – effektiv organisiert. Ein Handbuch für Kommunen. Im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen.

Stadt Dortmund (2016): Dortmunder Wegweiser für Flüchtlinge und Asylbewerber

Stadt Dortmund (2018): Zehn Jahre Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund vor Ort.

Stadt Dortmund (2018): Bericht zur sozialen Lage in Dortmund 2018. dortmunder berichte.

Stadt Dortmund (2019): Eurocities – Dortmund overall strategy on migration. Presentation at Eurocities network exchange. Turin.

Stadt Dortmund (2019): Statistikatlas – Dortmunder Stadtteile. Nr. 215.

Stadt Dortmund (2020): Wohnungsmarktbericht 2020. Ergebnisse des Wohnungsmarktbeobachtungssystems 2019. 08/2020.

Stadt Dortmund (2020): Sachstandsbericht Zuwanderung aus Südosteuropa. https://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/nachrichtenportal/alle_nachrichten/nachricht.jsp?nid=633793

Thieme, Günter; Laux, Hans-Dieter (1996): Between Integration and Marginalization: Foreign Population in the Ruhr Conurbation. In: Roseman, Curtis C.; Laux, Hans-Dieter; Thieme, Günter (eds.): EthniCity – Geographic Perspectives on Ethnic Change in Modern Cities. Boston/London: Rowman & Littlefield, 141-164.

Drafted by: Jörg Plöger, PhD, is a qualified geographer working at ILS (Research Institute for Regional and Urban Development), with extensive international experience in migration processes and metropolitan development.
In: March 2021

Contact:

@urban_migration
icmpd.org/mc2cm
mc2cm-team@icmpd.org

CGLU
Carrer Avinyó, 15
08002 Barcelona, Spain

ICMPD
Regional Office for the Mediterranean
Europa Centre, 2nd floor, Office 11
John Lopez Street
Floriana, FRN 1400, Malta

United Nations Human Settlements programme (UN-Habitat
BP 30030 00100
UN-Habitat, Nairobi, Kenya